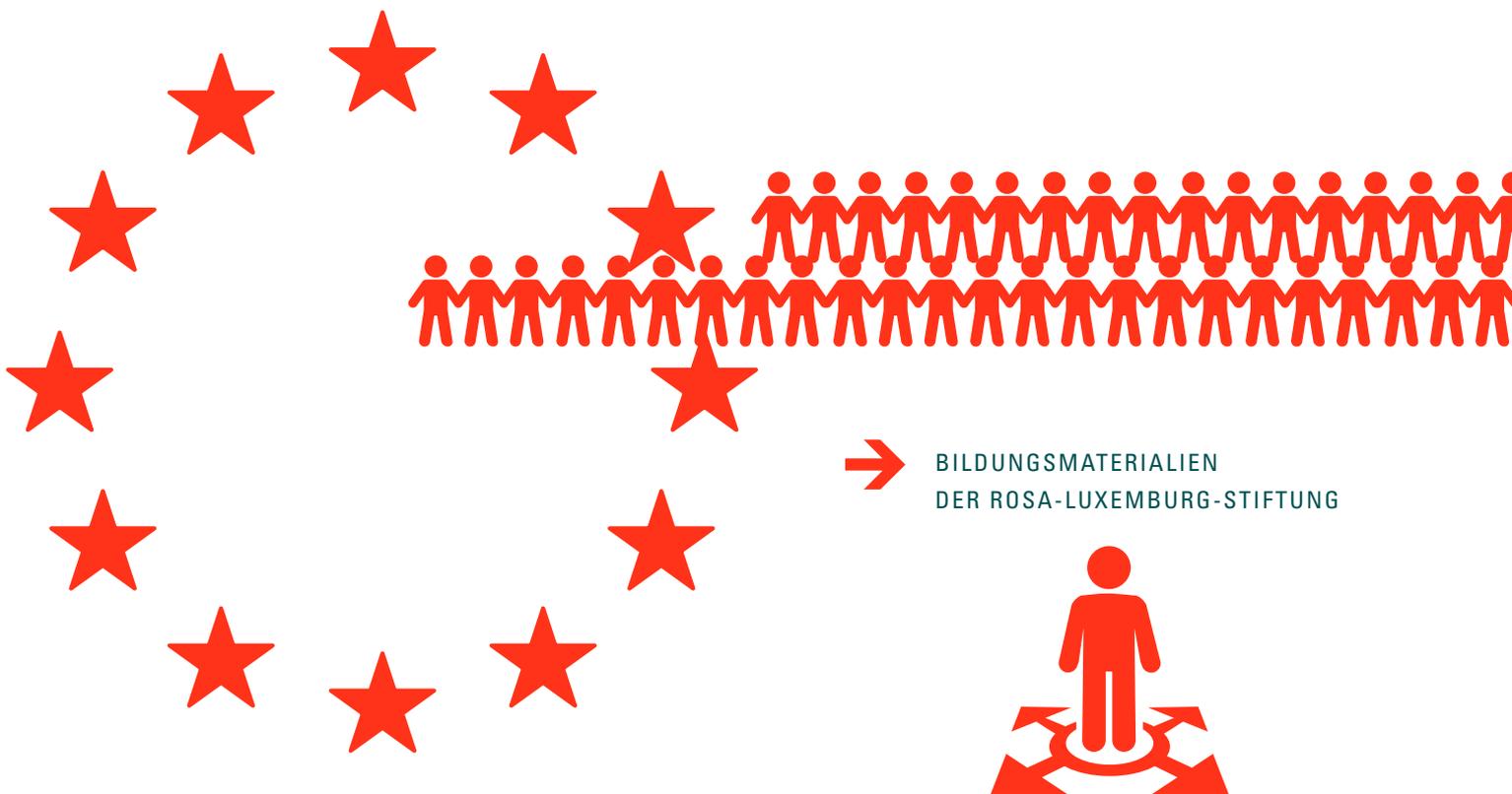


# EU UND KOMMUNE

**WORKSHOPKONZEPT  
FÜR DIE BILDUNGSARBEIT  
IN DER KOMMUNE**



BILDUNGSMATERIALIEN  
DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

## **IMPRESSUM:**

BILDUNGSMATERIALIEN Nr. 5 wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

Redaktionsschluss: Dezember 2017

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin, [www.text-arbeit.net](http://www.text-arbeit.net)

Gestaltung: FLMH | Labor für Politik und Kommunikation, [www.flmh.de](http://www.flmh.de)

Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation, [www.mediaservice.de](http://www.mediaservice.de)

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

Das Bildmaterial und die Materialien sind abrufbar unter: [www.rosalux.de/eu-kommune](http://www.rosalux.de/eu-kommune)

ISSN 2513-1222

Das Bildungsmaterial wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter [www.creative-commons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode](http://www.creative-commons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode)). Nach dieser Lizenz dürfen die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden unter der Bedingung, dass die Namen der Autor\*innen und der Broschürentitel inkl. des Verlags/Trägers genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und er unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergegeben wird. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

## **HERAUSGEBER\*IN:**

- Katharina Weise ist als Referentin für kommunalpolitische Bildung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung tätig und unter anderem für die Entwicklung von Weiterbildungsangeboten für Kommunalpolitiker\*innen und andere lokalpolitisch interessierte und engagierte Menschen zuständig. Kontakt: [katharina.weise@rosalux.org](mailto:katharina.weise@rosalux.org)

## **AUTOR\*INNEN:**

- Björn Reichel ist Mitarbeiter bei Anja Klotzbücher, MdL Sachsen und Sprecherin für Europapolitik, sowie Assistent von Dr. Cornelia Ernst, MdEP, und Student der Rechtswissenschaften mit dem Schwerpunkt Europarecht. Er war Teilnehmer des Mentoringprogramms der LINKEN Sachsen 2014 (Mentor: Thomas Händel, MdEP).
- Christian Richter ist M.A. Soziologie/Politikwissenschaft. Er ist derzeit Stipendiat der Bosch-Stiftung und Mitarbeiter von Marco Böhme, MdL Sachsen, Sprecher für Klimaschutz, Energie und Mobilität. Er beschäftigte sich als wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl für Sozialpolitik der Universität Leipzig und in der VW-Nachwuchsforschergruppe «Sozialraum Europa» mit der räumlichen Dynamik von Sozialpolitik. Er arbeitete als wissenschaftliche Hilfskraft am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig und bei der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit zu umwelt- und klimapolitischen Transformationen.
- Sebastian Wormsbäcker ist seit 2016 M.A. Sozialwissenschaften (Humboldt-Universität Berlin) und seit Ende 2016 Referent für Europapolitik, Entwicklungspolitik und EU-Förderung der Linksfraktion im Landtag Brandenburg.

# INHALT

<b>1 Einleitung .....</b>	<b>4</b>
<b>1.1</b> Warum diese Handreichung? .....	4
<b>1.2</b> Was ist eigentlich EU-Skeptizismus? .....	6
<b>1.3</b> Themen, Konzept und Zielgruppen des Workshops .....	8
<b>2 Workshop.....</b>	<b>10</b>
<b>2.1</b> Ankündigungstext .....	12
<b>2.2</b> Reflexionsfragen an die Teamer*innen .....	14
<b>2.3</b> Zeitplan .....	16
<b>2.4</b> Materialliste .....	17
<b>2.5</b> Workshopkonzept .....	20
<b>2.6</b> Inhaltliche Materialien für den Workshop.....	27
<b>3 Service.....</b>	<b>48</b>
Glossar .....	48
Literatur.....	51

# WARUM DIESE HANDREICH

Die Europäische Union (EU) spielt in der Kommune eine zunehmend große Rolle: Sie nimmt direkt oder indirekt Einfluss auf die kommunale Selbstverwaltung und verändert durch ihre Reglements, Rechtsvorschriften und Initiativen kommunalpolitisches Handeln von Grund auf. Das betrifft nicht nur das Verwaltungshandeln, sondern auch die Prozesse der politischen Willensbildung vor Ort. Zwar hat sich das Gestalten politischer Vorhaben in den Kreisen und Gemeinden vor Ort schon immer von anderen Ebenen der politischen Willensbildung unterschieden. Doch im Zusammenspiel mit der EU-Politik ist der kommunalpolitische Handlungsrahmen sowohl für Mandatsträger\*innen, Expert\*innen und kommunalpolitische Akteure als auch für Interessierte zunehmend unsicher geworden. Eine zusätzliche Verunsicherung stellt in diesem Zusammenhang der Auftrieb populistischer EU-skeptischer Akteure dar. Ihre Kritik an der EU setzt dabei zwar an unterschiedlichen Punkten an, im Vordergrund steht aber, die EU für alle möglichen Probleme in der Kommune und darüber hinaus verantwortlich zu machen. Denn auch wenn die EU für manche dieser Entwicklungen eine Mitverantwortung trägt, ist diese Form des EU-Skeptizismus, die allein auf Abschottung und Ausgrenzung setzt, hochgradig destruktiv. Linkes kommunalpolitisches Handeln sollte diesem «Skeptizismus» entgegentreten und entschieden an einer progressiven, dezidiert linken europäischen Perspektive festhalten, um nicht nur die Probleme, sondern auch die Möglichkeiten kommunaler Politik im Rahmen der EU zu erkennen und zu nutzen. Das vorliegende Bildungsmaterial soll dafür einen Grundstein legen und bietet Interessierten einen einfachen und übersichtlichen Zugang zum Thema «EU» und «EU-Skeptizismus» aus kommunalpolitischer Perspektive. Es informiert über die engen Verschränkungen zwischen der EU und den Kommunen, diskutiert Handlungs- und Gestaltungsoptionen, insbesondere im Hinblick auf EU-skeptische Einstellungen, und zeigt anhand von Praxisbeispielen, wie dieses Wissen für die konkrete Arbeit vor Ort genutzt werden kann. Erklärungsbedürftige Begriffe sind im Folgenden mit einem «→» gekennzeichnet und können im Glossar nachgeschlagen werden.

Eine Mehrheit der Brit\*innen hat im Juni 2016 den → Brexit gewählt. Werden nun weitere Länder folgen und einen Austritt aus der EU anstreben? Steht die EU vor ihrem Ende? Zwar kratzen Zerrbilder und Vorurteile schon seit Längerem am Bild der EU, doch hat die Frage nach einer Positionierung zum europäischen Projekt in letzter Zeit an ungeahnter Dringlichkeit gewonnen. Vor dem Hintergrund der Mehrfachkrise der EU widmet sich dieses Workshopkonzept dem Phänomen einer prinzipiellen Ablehnung der EU – auch EU-Skeptizismus, Euroskeptizismus oder Europa-Skeptizismus genannt (siehe die Begriffserläuterungen auf S. 8 f. und im Glossar). Der Workshop verfolgt das Ziel, durch eine Auseinandersetzung mit EU-politischen Fakten, EU-skeptischen Aussagen und mithilfe von praktischen Übungen einen Beitrag dazu zu leisten, EU-Skeptizismus argumentativ begegnen und ihm gegenüber eine kritische Position einnehmen zu können.

Mehrfache gesellschaftliche sowie politische Herausforderungen haben die EU in den letzten Jahren in ihrem Kern erschüttert. Dabei greifen verschiedene Faktoren ineinander, die insbesondere die Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie die EU-Außenpolitik betreffen und zu einer Infragestellung des europäischen Projekts als Ganzes geführt haben. Die Finanzkrise von 2008 hat

# HUNG?

nicht nur zu einer → Staatsschulden- und Wirtschaftskrise geführt, sondern auch die Konstruktionsmängel des Euro und der EU deutlich zutage treten lassen: Sollen die Euro-Mitgliedstaaten gegenseitig für ihre Staatsschulden eintreten (→ Schuldenunion)? Wie soll mit dem unverantwortlichen Handeln der Banken in Europa als Verursacher der Finanzkrise – auch in Zukunft – umgegangen werden? Wie ist eine positive wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere in den Ländern im Süden der EU, in denen viele Menschen mit den massiven Folgen der Wirtschaftskrise zu kämpfen haben, wieder möglich?

Die EU setzt angesichts dieser Entwicklungen nach wie vor auf eine neoliberale Politik, die zu einer Entwertung der Arbeitsleistung, verstärkter Konkurrenz zwischen den Arbeitenden (statt einer Konkurrenz zwischen Arbeit und Kapital) geführt und letztendlich ein Gefühl der wirtschaftlichen Verwundbarkeit und Abstiegsängste provoziert hat. Auch die Diskussionen um ein undemokratisches Zustandekommen der Handelsvereinbarungen CETA, TTIP und TiSA verweisen auf diese neoliberale Agenda der EU.

Eine weitere Herausforderung für die EU sind die Migrationsbewegungen nach Europa bzw. in die Kernländer der EU, deren Ursachen in der kolonialen und postkolonialen Ausbeutung und

der draus resultierenden wirtschaftlichen und politischen Instabilität in zahlreichen Ländern, insbesondere des afrikanischen Kontinents, zu suchen sind. Die bisherige EU-Politik des «Wegschauens», der Zusammenarbeit mit den Regimen Nordafrikas und des Nahen Ostens und der «Befestigung» der EU-Außengrenzen hat nicht nur das Mittelmeer zu einem Massengrab gemacht, sondern auch dafür gesorgt, dass die EU auf die Ankunft Hunderttausender Menschen auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung und Armut, insbesondere im Sommer 2015, nicht vorbereitet war. Nun streiten sich EU und Mitgliedstaaten um einen Umgang mit dieser Herausforderung. Dabei ist deutlich geworden, wie unterschiedlich die Erwartungen sind, die die Länder in Ost-, Süd- und Mittel- bzw. Nordeuropa an die EU stellen, wie wenig belastbar die innereuropäische Solidarität ist (wenn es etwa um die Aufnahme von Geflüchteten geht) und wie langwierig und schwierig sich eine gemeinsame Außen- und Migrationspolitik der EU gestaltet.

Angesichts dieser Herausforderungen werden Differenzen innerhalb der EU deutlich sichtbar und Fragen nach ihrer zukünftigen Gestalt (z. B. zum Demokratiedefizit innerhalb der EU oder dem → Neoliberalismus) bzw. nach der Zukunft der EU als Ganzes, die sich seit Längerem abgezeichnet haben, werden nun durch den scharfen Populismus in

vielen EU-Mitgliedsländern befeuert: Für welche Werte steht die EU «noch»? Ist das Projekt einer Staatenunion gescheitert? Treten ein «neuer» Nationalismus und der Ruf nach Eigenstaatlichkeit an die Stelle europäischer Kooperation?

Die Fülle an EU-skeptischen Argumenten ist vor dem Hintergrund dieser Fragen und Entwicklungen also keineswegs überraschend. Von ihr profitieren nationalistische und populistische Parteien in den EU-Mitgliedstaaten: Die → UKIP hat erfolgreich einen Wahlkampf für das Brexit-Votum geführt, der → Front-National in Frankreich, die → 5-Sterne-Bewegung in Italien, die → PiS-Partei in Polen und die → AfD in Deutschland bedienen sich ähnlicher Argumentationsmuster. Dabei werden die Widersprüchlichkeiten der EU gern als Anlass für Angst schürende Kampagnen genutzt, Bedrohungsszenarien werden aufgebaut und als Konsequenz einer nicht funktionierenden EU dargestellt, der Nationalismus fungiert als rettende und einzig verbliebene Alternative. Hier setzt die vorliegende Handreichung an: Positionen zu gängigen EU-skeptischen Statements durch eine praktische Auseinandersetzung mit ihnen zu entwickeln.

# WAS IST EIGENTLICH EU-SKEPTIZISMUS?

EU-Skeptizismus bezeichnet eine ablehnende Haltung gegenüber dem Prozess der → Europäisierung, den Zielen der EU oder dem konkreten politischen System der EU. Der Begriff ist unscharf und sehr allgemein. Er bewegt sich zwischen fundamentaler Kritik am europäischen Einigungsprozess bzw. an der EU (im Gegensatz zum Nationalstaat) auf der einen Seite und Kritik an einzelnen politischen Aspekten der EU auf der anderen Seite. Oft werden EU-Skeptizismus und Europa-Skeptizismus irrtümlicherweise synonym verwendet: EU-Skeptizismus richtet sich gegen die konkrete Form des europäischen Einigungsprozesses, das heißt die EU in ihrer jetzigen Form (→ Europa-Skeptizismus), während sich Europa-Skeptizismus grundsätzlich auf den Einigungsprozess in Europa bezieht (→ Europa-Skeptizismus).

Die Politik der EU und ihrer Mitgliedstaaten wurde, wie eingangs beschrieben, von verschiedenen Entwicklungen ein- und überholt. In Reaktion darauf wurde in vielen europäischen Gesellschaften der Ruf nach Abgrenzung, Ausgrenzung und neuen oder der Reaktivierung alter Grenzen laut. So wurde etwa die Schließung der österreichischen Grenze zu Slowenien und Ungarn diskutiert oder ein «Schießbefehl» an der deutschen Grenze gefor-

dert.<sup>1</sup> Diese Entwicklungen machen eines deutlich: Das «stillschweigende Einverständnis», mit dem weite Teile der Bevölkerung einer stetigen Erweiterung und Vertiefung der EU zugeschaut haben, erodiert.

Aus dieser Verunsicherung weiter Bevölkerungsteile versuchen populistische Kräfte, Kapital zu schlagen. «Die» EU wird dabei für vielerlei Probleme verantwortlich gemacht, altbekannte Kritik (Bürokratieüberhang, Demokratiedefizit etc.) mischt sich mit neuen Ängsten – etwa vor einem vermeintlich drohenden Untergang nationaler Identität und Traditionen oder vor der kompletten Abschaffung nationaler Grenzen – oder dem Wunsch nach nationaler Autonomie jenseits der EU. Weil in vielen Ländern der EU dadurch zentrale außenpolitische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Paradigmen infrage gestellt werden, lohnt ein Blick auf das Phänomen des EU-Skeptizismus und seinen populistischen Gehalt.

Populismus (von lateinisch *populus* «Volk») ist ein schillernder, weil

<sup>1</sup> Vgl. Grass, Siegfried: AfD – Flüchtlinge mit Schusswaffe abschrecken, in: RP-Online, 31.10.2015, unter: [www.rp-online.de/nrw/staedte/leverkusen/afd-fluechtlinge-mit-schusswaffe-abschrecken-aid-1.524026](http://www.rp-online.de/nrw/staedte/leverkusen/afd-fluechtlinge-mit-schusswaffe-abschrecken-aid-1.524026).

schwer zu definierender Begriff, dessen Bedeutung je nach Kontext variiert. Der Begriff findet sowohl im rechten als auch im linken politischen Lager Verwendung. Verkürzt gesagt geht einigen Populist\*innen die europäische Einigung schon viel zu weit (insbesondere der EU-Skeptizismus von rechts kritisiert die Ziele der europäischen Einigung und lehnt sich oft an die Vorstellung souveräner Nationalstaatskonzepte an), während andere ein Mehr an Integration fordern (etwa in Form eines Europäischen Bundesstaates) und die konkrete Form und Politik der EU als unzureichend kritisieren (diese Kritik wird oft von linker Seite an die EU herangetragen).

«Populismus zeichnet sich durch folgende Merkmale aus: Berufung auf den *common sense*, Anti-Elitarismus, Anti-Intellektualismus, Antipolitik, Institutionenfeindlichkeit sowie Moralisierung, Polarisierung und Personalisierung der Politik. Das Grundaxiom ist die Berufung auf den *common sense*. Aus populistischer Sicht ist der «gesunde Menschenverstand» dem Reflexionswissen von Intellektuellen nicht nur ebenbürtig, sondern überlegen, weil er auf konkreter, lebensweltlicher Erfahrung beruhe, noch nicht vom Virus des modernen Skeptizismus infiziert sei und daher noch einen unverfälsch-



ten, «gesunden» Zugang zu Recht und Wahrheit habe.»<sup>2</sup>

Aus dem Munde eines Populisten, hier Timo Soini, Vorsitzender der Partei Wahre Finnen, hört sich das dann so an: «Gelehrte Theoretiker, arrogante Bürokraten, kaltherzige Technokraten, verständnislose Zentralisierer, Anbeter des großen Geldes und aalglatte Avantgarde-Denker trauen dem Volk nicht. Sie missachten die Ansichten des Volkes, weil sie glauben, das Volk sei dumm und abgestumpft und die Weisheit liege bei Experten und einer vom Alltagsleben abgeschotteten Elite.»<sup>3</sup>

In diesem Sinne wird heutzutage vielfach Kritik an der Politik der EU und ihren Institutionen laut. Politikwissenschaftler\*innen haben unterschiedliche Motive herausgearbeitet, die hinter EU-skeptischen Positionen stehen können, und EU-Skeptizismus entsprechend klassifiziert:<sup>4</sup>

---

2 Priester, Karin: Wesensmerkmale des Populismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 5–6/2012, S. 2–3, 2012, unter: [www.bpb.de/apuz/75848/wesensmerkmale-des-populismus?p=2](http://www.bpb.de/apuz/75848/wesensmerkmale-des-populismus?p=2).

3 Zit. nach: Apter, David: The Breakthrough of Another West European Populist Radical Right Party?, in: Government and Opposition 4/2010, S. 489.

4 Große Hüttmann, Martin/Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Das Europalexikon, 2., aktual. Aufl., Bonn 2013.

**Ideologisch begründet:** Diese Form des EU-Skeptizismus ist ein grundlegender Bestandteil der Überzeugungen und Werte von Akteur\*innen (also des ideologischen Fundaments von Politik). Auf Parteien bezogen ist ein ideologisch begründeter EU-Skeptizismus generell unvereinbar mit den Zielen, Formen und Politiken der EU.

**Strategisch begründet** ist EU-Skeptizismus dann, wenn Parteien ihn instrumentalisieren, um sich im innenpolitischen Raum zu profilieren und von anderen Parteien abzusetzen.

**Berechnend:** Die Bewertung von EU-Politik(en) wird vor dem Hintergrund eigener Nützlichkeitsabwägungen gesehen. Hier wird vor allem gefragt, welche spezifischen Vor- oder Nachteile eine EU-Mitgliedschaft als Ganzes oder in bestimmten Politikfeldern hat.

**Souveränitätsgeleiteter** EU-Skeptizismus bezieht sich auf Bedenken, die Mitgliedschaft und das geteilte, eigenständige Staatshandeln in Einzelfragen könne den Kernbestand nationaler Eigenbestimmung einschränken.

**Identitätspolitisch** geleiteter EU-Skeptizismus speist sich aus der Befürchtung, dass der europäische Einigungsprozess und die Institutionen und Reglements

der EU zu einem Traditions- und Identitätsverlust in den einzelnen Mitgliedsstaaten führen.

Abgesehen von den Begründungszusammenhängen für EU-Skepsis können auch die Äußerungsformen sehr vielfältig sein und auf unterschiedlichen Ebenen in Erscheinung treten. Gerade im Hinblick auf kommunale Strukturen kann EU-Skepsis in Positionen von Parteien oder politischen Zusammenschlüssen zum Ausdruck kommen oder in alltäglichen Situationen auftreten.

# THEMEN

Um EU-skeptische Positionen verstehen, einschätzen und widerlegen zu können, ist ein Grundverständnis der EU als politischer Organisation unerlässlich. Der Workshop legt deshalb einen Schwerpunkt auf die Vermittlung notwendigen Orientierungswissens zur Geschichte der Entstehung der EU und ihrer grundlegendsten Funktionsweisen. Hauptaugenmerk liegt auf der Erfahrung der EU als eines «geschaffenen», das heißt sich stückweise und entlang politischer wie zeithistorischer Fragen entwickelnden politischen Raums. Der chronologische Nachvollzug der Entstehungsgeschichte der EU soll ein Verständnis für die spezifischen Eigenschaften der EU schaffen: Die EU ist ein multinationaler Raum, in dem unterschiedliche politische Ebenen und Verfahrensweisen für Entscheidungsfindung und deren Umsetzung verantwortlich sind. Dieses komplexe Geflecht stellt dabei nicht nur eine Rechtsgemeinschaft dar, sondern in erster Linie einen Ort der Verhandlung mitgliedstaatlicher Interessen, die gegebenenfalls auch im Widerspruch zu übergeordneten EU-Interessen stehen können.

Neben der Vermittlung dieses EU-Grundwissens bilden die Beschäftigung mit rhetorischen Figuren im politischen Diskurs und die Bereitstellung eines Analyserasters, mit dem sich manipulative Aussagen entlang eines klaren Schemas untersuchen lassen, weitere Themenfelder. Sie liefern den Ausgangspunkt für die Auseinandersetzung mit klassischen Beispielen EU-skeptischer Argumentationen.

Der dritte Themenkomplex widmet sich konkreten EU-politischen Themen und Vorhaben, die in drei einzelnen Arbeitsgemeinschaften (AGs) behandelt werden: (1) EU-Skeptizismus, (2) EU-Freihandelsabkommen und (3) EU-Förderpolitik.

(1) In der AG EU-Skeptizismus soll genau jener näher beleuchtet, seine Ausprägungen und unterschiedlichen Ansatzpunkte untersucht und dargestellt werden.<sup>5</sup> Thema der AG soll auch die eigene Skepsis gegenüber der EU und Europa sein, die analysiert, kon-

kreterisiert und in Handlungsansätze überführt werden soll.

(2) Thema der AG zum Freihandel sind nicht nur die (geplanten) EU-Freihandelsabkommen (TTIP, TiSA, CETA) und ihre möglichen Folgen, sondern auch ihre Auswirkungen auf die steigende EU-Skepsis. Dementsprechend liegt der Schwerpunkt in dieser AG auf der Wissensvermittlung rund um die Abkommen und ihre Folgen.

(3) In der AG EU-Förderpolitik wird ein Grundverständnis der EU-Förderpolitik vermittelt, um die Vorteile der Europäisierung für Projekte unterschiedlichster Art herauszuarbeiten. Dadurch soll ein Grundverständnis für das Abrufen von Fördermitteln geschaffen, Instrumente zur Antragstellung vorgestellt und die Förderpolitik aus linker Perspektive kritisch betrachtet und zugleich nutzbar gemacht werden. Ziel ist es letztlich, EU-skeptischen Argumentationen den Nutzen von EU-Fördermitteln entgegenzuhalten.

<sup>5</sup> Siehe die Textsammlung zum Thema EU-Skeptizismus auf dem Internetportal Euractiv unter: [www.euractiv.de/topics/eu-skeptizismus/](http://www.euractiv.de/topics/eu-skeptizismus/).

# KONZEPT

In diesem Workshop werden die Ursachen von EU-Skeptizismus erörtert und Argumentationsstrategien gegen (rechtes) Anti-EU-Handeln und populistische Stimmungsmache erarbeitet. Ausgehend von den eigenen Erfahrungen der Teilnehmer\*innen als Akteur\*innen vor Ort werden zudem Möglichkeiten der weiteren Vernetzung vorgestellt. Interessierten Teilnehmer\*innen wird damit der Einstieg in das Thema erleichtert.

Im Workshop soll unter anderem Folgendes vermittelt werden:

**Informationskompetenz:** Sensibilisierung und belastbares Wissen zum Thema EU und EU-Skeptizismus («Richtungswissen» über grundlegende Zusammenhänge und Begriffe, Verständnis für Zusammenhänge, Ursachen und Folgen)

**Übertragungskompetenz:** Anwendungswissen und Bezug zu eigenen Themen und Erfahrungen (Übertragung und Erprobung des bestehenden und erworbenen Wissens, Einbringen eigener Expertise anhand einer moderierten Gruppendiskussion zu einem gemeinsam gewählten, konkreten Beispiel/Vorhaben vor Ort)

**Sozialkompetenz:** Im Workshop wird mit gruppenbezogenen Übungen das selbstgesteuerte Lernen und das Einschätzen und Anwenden geeigneter Reaktions- und Argumentationsmuster gegenüber EU-skeptischen Statements geübt.

**Vernetzungskompetenz:** Erfahrungsaustausch und Vernetzung (Kennenlernen kommunalpolitisch interessierter Teilnehmer\*innen und Austausch über persönliche Erfahrungsschätze/Informationen/Themenfelder über die gemeinsame AG-Arbeit)

# ZIELGRUPPEN

Der Workshop richtet sich an Menschen, die sich in der Kommunalpolitik engagieren und durch ihr Engagement Interesse und Bedarf an Informationen zu den Themen «EU und Kommune» haben. Dazu gehören alle Interessierten und Engagierten, also auch Verantwortliche von Kulturprojekten und

Bürgerforen oder Vertreter\*innen von Initiativen.

Ziel des Workshops ist es, ein niedrigschwelliges Einstiegsangebot zum Thema anzubieten. Vorwissen ist nicht erforderlich. Der Workshop soll möglichst viele Interessierte zur

Teilnahme ermuntern, Neugier wecken, Vorurteile abbauen und dazu befähigen, sich mit entsprechenden Sachgebieten weitgehend selbstständig beschäftigen zu können. Der Workshop gibt die nötige Kenntnis an die Hand, um linke Politik vor Ort erfolgreich zu gestalten.

Die Ziele sind im Einzelnen:

- Die Teilnehmenden sind nach dem Workshop über grundlegende Funktionsweisen der EU, ihre Entstehung, Institutionen und Mechanismen informiert und haben sich über einen gemeinsamen Erfahrungsaustausch einen Standpunkt zu wichtigen EU-Themen- und Fragestellungen erarbeitet.
- Die Teilnehmenden haben sich mit verschiedenen Argumentationsstrategien beschäftigt, diese systematisch erprobt und können sie auch in Alltagssituationen anwenden.
- Die Teilnehmenden haben sich mit dem Phänomen des EU-Skeptizismus aus der Perspektive theoretischer Analyse und praktischer Beschäftigung auseinandergesetzt. Sie können die Argumentationen ihres Gegenübers qualitativ einschätzen und adäquat darauf reagieren.
- Die Teilnehmenden haben weitere kommunalpolitisch interessierte Teilnehmende kennengelernt und sich weiter vernetzt

# WORKSHOP



# FRAGESTELLUNGEN DES WORKSHOPS

- Welche Bedingungen/historischen Ereignisse haben EU-Skeptizismus befeuert?
- Welche aktuellen politischen Situationen fördern EU-Skeptizismus?
- Wie äußert sich EU-Skeptizismus auf kommunaler Ebene?
- Welche kommunalpolitischen Auswirkungen könnten die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA haben?
- Wie gestaltet sich die EU-Förderpolitik und wie kann die Kommune davon profitieren?

Der Tagesworkshop umfasst drei inhaltliche Teile: einen Einführungsteil, eine Arbeitsgruppenphase und einen Abschlussteil zur Vernetzung, zum Austausch und zur Koordinierung der Arbeit vor Ort.

- Teil I – Vorstellung und Einführung in das Thema
- Teil II – Arbeitsgruppen
- Teil III – Austausch und Vernetzung

Man sollte für den Workshop bis zu acht Stunden (inklusive Pausen) einplanen. Die drei Teile dauern jeweils etwa zwei Stunden und könnten auch als Module gestaltet werden: Je nach Gruppe und deren Vorwissen könnten die Teamer\*innen sich auch fünf bis acht Stunden einem Modul widmen oder den Workshop in Ausnahmen auf mehrere Tagen ausdehnen. Ab einer Gruppengröße von fünfzehn Teilnehmer\*innen und mehreren Arbeitsgruppen empfiehlt es sich, den Workshop zu zweit durchzuführen. Der folgende Ankündigungstext kann als Muster für die Bewerbung des Workshops verwendet werden. Er enthält einen kurzen Überblick zum Inhalt der jeweiligen Teile, ihren Zielen und zur methodischen Umsetzung. Für die Teamer\*innen selbst folgen einige grundlegende Reflexionsfragen, die sich für die Vor- und Nachbereitung des Workshops eignen. Im Anschluss werden ein möglicher Zeitplan sowie die Schritte zur Durchführung des Workshops vorgestellt. Dieser Zeitplan ist jedoch nur ein Vorschlag: Die einzelnen Teile des Workshops können je nach Gruppe deutlich mehr oder auch deutlich weniger Zeit in Anspruch nehmen. Hier ist die Flexibilität und Spontantät der Teamer\*innen gefragt, die Workshopsituation gut einzuschätzen. Orientierung an den Teilnehmer\*innen bedeutet auch, zwischendurch Fragen zu stellen, wie weiter vorangegangen werden soll. Mit Verweis auf den jeweiligen Zeitplan kann dann entschieden werden, die Diskussion abubrechen oder auf bestimmte Inhalte zu verzichten. Andersherum können natürlich auch auf Wunsch der Teilnehmer\*innen neue Themen hinzukommen, sollten die Teamer\*innen dies leisten können.

# ANKÜNDIGUNGSTEXT

EU-skeptische, populistische und rechte Parteien und Strukturen sind europaweit im Aufschwung begriffen und auf dem besten Weg, sich einen fest Platz in Politik und Gesellschaft zu erobern. Insbesondere das von ihnen gezeichnete Bild einer EU, die für das Abhandenkommen von «nationaler Identität» und die Auflösung von Staatsgrenzen verantwortlich gemacht wird, verschafft diesen Parteien Zulauf: Sie werben für ein populistisches Bild der EU, die für alles ihrer Meinung nach Schlechte steht, was Staat, Land und Nation widerfährt – seien es Migrant\*innen oder Geflüchtete, die nicht an Europas Grenzen «abgewehrt» werden, oder die sogenannte «Diktatur aus Brüssel», die konsequent in staatliches Handeln eingreife und somit eine «souveräne Nation» unmöglich mache. Dieser Workshop soll es linken Akteur\*innen in der Kommune möglich machen, sich EU-skeptischen, populistischen und rechten Positionen argumentativ entgegenzustellen und sie dadurch zu entzaubern. Der Fakt schlägt die Polemik. Vielen potenziellen Akteur\*innen und Interessierten bietet der Workshop Raum, um sich zu informieren, auszutauschen und zu vernetzen.

Das Tagesseminar der Kommunalakademie der Rosa-Luxemburg-Stiftung bietet Engagierten in lokalen Initiativen, Mandatsträger\*innen und Interessierten einen übersichtlichen und strukturierten Einstieg in das Thema EU aus kommunalpolitischer Perspektive. Gemeinsam erarbeiten wir kommunale Problemfelder, in denen die EU eine Rolle spielt, und entwickeln und diskutieren mögliche Lösungsansätze für zentrale kommunalpolitische Handlungsfelder. In Arbeitsgruppen setzen wir Schwerpunkte zu folgenden Themen:

- allgemeiner Umgang mit EU-Skeptizismus (Argumentationshilfen und diskutieren mit EU-Gegner\*innen);
- EU-Freihandelsabkommen (TTIP, CETA und TiSA), ihre kommunalen Wirkungen als eine der Grundlagen des EU-Skeptizismus;
- EU-Förderpolitik als Argument gegen EU-Skeptizismus.

Durch die Beschäftigung mit konkreten Fragen und Problemen vor Ort – etwa den anhaltenden Migrationsbewegungen als eine Ursache für EU-Skeptizismus – soll der Erfahrungsaustausch und die Vernetzung in den Kommunen gestärkt werden. Interessierten Teilnehmenden wird damit die nötige Sachkenntnis an die Hand geben, um auch weiterhin gemeinsam linke Politik vor Ort erfolgreich zu gestalten.

## Was wird geboten?

Im gemeinsamen Workshop werden die Ursachen von EU-Skeptizismus erörtert und Argumentationsstrategien gegen rechtes Anti-EU-Handeln und populistische Stimmungsmache erarbeitet. Ausgehend von den Erfahrungen der Teilnehmer\*innen als Akteur\*innen vor Ort werden zudem Möglichkeiten der weiteren Vernetzung vorgestellt. Interessierten Teilnehmer\*innen wird damit der Einstieg in das Thema erleichtert.

Im Workshop soll unter anderem auch Folgendes vermittelt werden:

- Sensibilisierung und belastbares Basiswissen zum Thema («Richtungswissen» über grundlegende Zusammenhänge und Begriffe, Verständnis für Zusammenhänge, Ursachen und Folgen);
- Vermittlung zu weiterführender Hilfe (je nach Bundesland). Die Hilfe umfasst die Recherche und Vermittlung von Kontakten zu ratgebenden Quellen, Akteur\*innen und Organisationen, die für die weitere Arbeit konsultiert werden können. Bei Anfragen wird individuell recherchiert, welche Personen am besten passen, um möglichst zeitnah und individuell Unterstützung leisten zu können (Recherche und Weiterleitung der Informationen und Kontakte wird Aufgabe der Teamer\*innen sein);
- Erfahrungsaustausch und Vernetzung (Kennenlernen kommunalpolitisch interessierter Teilnehmer\*innen und Austausch über persönliche Erfahrungen/Informationen/Themen in gemeinsamen Arbeitsgruppen);
- Anwendungswissen und Bezug zu eigenen Themen (Übertragung und Erprobung des bestehenden und erworbenen Wissens in Arbeitsgruppen, Einbringen eigener Expertise und selbstgesteuertes Lernen anhand einer moderierten Gruppendiskussion zu einem gemeinsam gewählten, konkreten Beispiel/Vorhaben vor Ort).

# REFLEXIONSFRAGEN AN DIE TEAMER\*INNEN

- Welche politische Haltung habe ich als Teamer\*in zum Thema EU? Welche Position habe ich zu EU-Skeptizismus, welche eigenen Ansichten können den Workshop beeinflussen? Wie viel bringe ich davon ein? Wie und wo müsste ich mich, unter Umständen, zurückhalten?
- Welche Rolle habe ich im Allgemeinen? Bin ich nur Teamer\*in oder Akteur\*in vor Ort? In welcher Rolle trete ich im Workshop auf? Wie gelingt es mir, meine Rolle gegenüber den Teilnehmer\*innen transparent zu gestalten?
- Welcher Veranstaltungsort ist geeignet, um zu gewährleisten, dass Interessierte nicht von der Teilnahme ausgeschlossen werden? Ist der Ort barrierefrei? Wenn nicht: Wie kann man Alternativen schaffen oder dies vorab in der Ankündigung transparent machen?

Neben den möglichen eigenen Praxiserfahrungen und bereits vorhandenem Wissen zum Thema können sich Teamer\*innen anhand von Materialien, die in Teilen auch als Texte in den Arbeitsgruppen gelesen werden, inhaltlich vorbereiten.

Hier einige ausgewählte Texte aus der Literaturliste:

- Oberhaus, Salvador/Stauffer, Hermann (Hrsg.): Linke Kommunalpolitik in der Krise, Manuskripte Neue Folge 11, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2014
- Leconte, Cécile: Understanding Euroscepticism, Basingstoke 2010
- Bundeszentrale für politische Bildung: Euroskepsis? Die EU und der Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger, Webseite, unter: [www.bpb.de/apuz/59766/euroskepsis-die-eu-und-der-vertrauensverlust-der-buergerinnen-und-buerger?p=all](http://www.bpb.de/apuz/59766/euroskepsis-die-eu-und-der-vertrauensverlust-der-buergerinnen-und-buerger?p=all)
- Eine Übersicht über die momentan zu verhandelnden Freihandelsabkommen unter: [www.umweltinstitut.org/fragen-und-antworten/freihandelsabkommen.html](http://www.umweltinstitut.org/fragen-und-antworten/freihandelsabkommen.html)
- Eine Übersicht über die EU-Förderpolitik sowie alle dazugehörigen Programme unter: [www.eu-foerdermittel.eu](http://www.eu-foerdermittel.eu)

## Zu Beginn des Workshops

- **Wortwahl:** Bei der thematischen Verknüpfung zwischen EU-Skeptizismus und der Herausforderung durch die Migrationsbewegungen gibt es eine Reihe von Begriffen, die eine politische Positionierung in sich tragen («Asylanten», «Asylflut», «besorgte Bürger\*innen») und unter Umständen rassistisch sind. Dazu kann seitens der Teamer\*innen Stellung bezogen werden, welche Begriffe gerade im politischen Diskurs einen rechten Mainstream bedienen und diesen somit befeuern. Sollte es Diskussionsbedarf dazu geben, obliegt es den Teamer\*innen zu entscheiden, wie dieser Bedarf möglicherweise in den Workshop eingebaut werden kann, zum Beispiel in einer eigenen Arbeitsgruppe.
- **Teilnehmer\*innen ermutigen:** In den einleitenden Worten, aber auch zwischendurch sollten die Teilnehmer\*innen von den Teamer\*innen ermutigt werden, den Raum des Workshops als sicher wahrzunehmen und sich gegenseitig Vertrauen zu schenken. Dabei soll die Angst genommen werden, «etwas Falsches zu sagen». Die Teilnehmer\*innen werden gebeten, sich konstruktiv und respektvoll zu begegnen und dabei auf die eigene Wortwahl und Körpersprache zu achten.

## Während des Workshops

- **Hilfreich, insbesondere für den letzten Teil des Workshops, aber auch für die Nachbereitung** ist es, wenn sich die Teamer\*innen Notizen zu Kooperationsideen und konkreten Handlungsansätzen machen. Ebenso bietet es sich an, Themen, die besonders kontrovers diskutiert oder häufig nachgefragt werden, auf Flipcharts zu dokumentieren («Themenspeicher»). Des Weiteren können Themen und Fragen in Schlagworten festgehalten werden, deren Behandlung den zeitlichen Rahmen des Workshops sprengen würde oder zu denen notwendige Informationen fehlen, um sie adäquat diskutieren zu können. Bei der Nachbereitung können sie als Grundlage dienen, um mögliche Folgeveranstaltungen zu planen.
- Falls sich alle Teilnehmer\*innen in den Arbeitsgruppen nur mit einem Thema beschäftigen wollen, ist das selbstverständlich möglich. Dafür sollten die Teamer\*innen die benötigten Materialien (Arbeitsblätter und entsprechende Texte) in ausreichender Anzahl vorbereiten, sodass auch entsprechende Kleingruppen (max. 5 Personen pro Kleingruppe) zum selben Thema arbeiten können.
- Wenn in der Diskussion Statistiken oder Fakten eingebracht werden, deren Herkunft und Glaubwürdigkeit ungesichert sind, können die Teamer\*innen die Teilnehmer\*innen bitten, diese Informationen nach dem Workshop zu recherchieren und per E-Mail an die Teamer\*innen zu senden. Diese leiten die Informationen dann an die Gruppe weiter. Alternativ können die Teamer\*innen auch selbst die Rechercheleistung anbieten. Eventuell kann bei einigen offenen Fragen mithilfe eines Serviceteils auf Organisationen verwiesen werden, an die eine konkrete Informationsanfrage gestellt wird.
- Besonders gefordert sind die Teamer\*innen dann, wenn das Vorwissen der Teilnehmer\*innen sehr unterschiedlich ist. Doch selbst wenn einzelne Teilnehmer\*innen mehr Fachwissen zu den aufgeworfenen Fragen mitbringen als andere, ist das nicht von Nachteil, sondern bietet eine Chance: Ihr Wissen kann, moderiert von den Teamer\*innen, produktiv in die Gruppe mit eingebracht werden. Gleichmaßen sollten zurückhaltende Teilnehmer\*innen ermuntert werden nachzufragen, denn gerade diese Rückfragen können möglicherweise zur weiteren Aufklärung und Reflexion beitragen.
- Um den Kontakt zwischen und mit den Teilnehmer\*innen auch nach dem Workshop zu gewährleisten, ist es sinnvoll, eine Liste mit den Kontaktdaten der Teilnehmer\*innen zu erstellen.

# ZEITPLAN

Zeit	Inhalt	Methode	Material
10:00	Begrüßung, Vorstellung der Teamer*innen und kurze Einführung in das Thema des Workshops	Flipchart/Laptop	Flipchart-Papier, Stifte oder Laptop
10:10	Vorstellungsrunde der Teilnehmer*innen	Vorstellungsrunde	zweifarbige Moderationskarten, Flipchart-Papier, DIN-A4-Papier, Kreppklebeband, Filzstifte
10:40	Erwartungsklä rung	Visualisierung auf Moderationskarten	Stifte, Moderationskarten, Flipchart/Pinnwand, Flipchart-Papier
10:50	kurze filmische Dokumentation (oder Zeitungsartikel, Radio- oder Videobeitrag)	kurze Einführung in die Dokumentation (oder entsprechenden Beitrag) mit anschließender kurzer Diskussion	Laptop, Beamer, Lautsprecherboxen, Video, Zeitungsartikel, Radio- oder Fernsehbeitrag, Flipchart-Papier
11:10	Input EU-Wissen	Präsentation als Inputreferat, Diskussion, Fragerunde	Laptop, Beamer
12:00	Vorstellung der Arbeitsgruppen	Präsentation der Arbeitsmaterialien für die Gruppen	Arbeitsmaterialien
12:10	Mittagspause		
12:40	Arbeitsgruppenphase: Kleingruppen mit je einem Arbeitsblatt und kurzen Zusatzmaterialien	Gruppenarbeit	Arbeitsblätter, Texte, Flipchart-Papier, Stifte, Moderationskarten
	AG 1 – Fokus: EU-Skeptizismus		wenn möglich: Laptop/Smartphone/internetfähiges Endgerät
	AG 2 – Fokus: EU-Freihandelsabkommen		wenn möglich: Laptop/Smartphone/internetfähiges Endgerät
	AG 3 – Fokus: EU-Förderpolitik		wenn möglich: Laptop/Smartphone/internetfähiges Endgerät
14:10	Kurzpräsentation und Zusammenführung der AG-Ergebnisse	Präsentation der einzelnen AGs	Flipchart, Tafel oder Wand zum Aufhängen der Plakate
14:30	Pause		
14:40	Austausch/Zusammenarbeit und Vernetzung	Input zur Situation, Diskussion im Plenum	Informationsweitergabe
16:15	Feedback und Auswertungsrunde	Drei-Farben- oder Fünf-Finger-Methode	Stifte, Moderationskarten
16:45	Verabschiedung		

# MATERIALLISTE

## Allgemein

- Flipchart und/oder Pinnwand
- Flipchart-Papier (oder große Plakate)
- Pinnnadeln für Pinnwände
- Kreppklebeband
- Filzstifte
- Moderationskarten in verschiedenen Farben
- Kugelschreiber
- Beamer
- Laptop (evtl. Fernbedienung) mit Lautsprecherboxen
- Notizpapier für die Teilnehmer\*innen/für die Teamer\*innen
- Kamera zur Dokumentation (ggf. reicht auch eine Handykamera aus)

## Organisatorisch

- für manche Institutionen wichtig: formale Teilnehmerliste
- Liste zur weiteren Vernetzung, die im Anschluss an die Veranstaltung nur an die Interessierten, die sich eingetragen haben, versendet wird (wegen Datenschutz extra, jenseits der Teilnehmerliste), mit Angabe des Namens, der E-Mail-Adresse, der Telefon-/Handynummer, des Ortes des Engagements sowie des Interesses an weiteren Fragen zum Thema
- Versorgung (ggf. gestellt durch die Veranstalter\*innen)
  - Wasser, Kaffee, Tee, Milch, Zucker
  - Mittagessen
  - Snacks und Obst für Zwischendurch

## Medien

- mögliche Filmdokumentationen oder Radiobeiträge auf dem Laptop und/oder USB-Stick (Filmformat sollte auf allen Computern abspielbar sein)
- Einbindung von Beispielen aus sozialen Medien (Facebook etc.) sollte per Screenshot gewährleistet werden
- alternativ: kopierte Zeitungsartikel in ausreichender Anzahl
- falls möglich sollte der Zugang zum Internet gewährleistet sein

## Für die Arbeitsgruppen

- ausreichende Anzahl an Arbeitsblättern und Texten für die Arbeitsgruppenphase (für den Fall, dass alle Teilnehmer\*innen dasselbe Thema bearbeiten wollen, bedeutet dies: ein Arbeitsblatt/Text pro Teilnehmer\*in)
- Auch ist es sinnvoll, wenn mehrere internetfähige Endgeräte (Laptops/Smartphone etc.) sowie ein Internetanschluss vor Ort zur Verfügung stehen, damit zum Beispiel Internet-Quellen genutzt werden können.

## Texte zu den Arbeitsgruppen

### Texte zur AG 1 – EU-Skeptizismus

- Bundeszentrale für politische Bildung: Euroskepsis? Die EU und der Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger, Webseite, unter: [www.bpb.de/apuz/59766/euroskepsis-die-eu-und-der-vertrauensverlust-der-buergerinnen-und-buerger?p=all](http://www.bpb.de/apuz/59766/euroskepsis-die-eu-und-der-vertrauensverlust-der-buergerinnen-und-buerger?p=all)
- Ketelhut, Jörn/Kretschmer, Angelika/Lewandowsky, Marcel/Roger, Léa: Facetten des deutschen Euroskeptizismus. Eine qualitative Analyse der deutschen Wahlprogramme zur Europawahl 2014, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/2015, Punkte 3 und 4, unter: [www.researchgate.net/publication/302985950\\_Facetten\\_des\\_deutschen\\_Euroskeptizismus\\_Eine\\_qualitative\\_Analyse\\_der\\_deutschen\\_Wahlprogramme\\_zur\\_Europawahl\\_2014](http://www.researchgate.net/publication/302985950_Facetten_des_deutschen_Euroskeptizismus_Eine_qualitative_Analyse_der_deutschen_Wahlprogramme_zur_Europawahl_2014)
- Oberkirch, Thomas/Schild, Joachim: Wachsender Euroskeptizismus – Anatomie eines Phänomens, Arbeitspapiere zur Europäischen Integration/Working Papers on European Integration, Universität Trier, Trier 2010, S. 8–9, unter: [www.eao-otzenhausen.de/fileadmin/user\\_upload/EA0/Content\\_Ueber\\_uns\\_Dokumente/Publikationen/Arbeitspapiere\\_Europaeische\\_Integration\\_6\\_10.pdf](http://www.eao-otzenhausen.de/fileadmin/user_upload/EA0/Content_Ueber_uns_Dokumente/Publikationen/Arbeitspapiere_Europaeische_Integration_6_10.pdf)
- Schulz, Bettina: Brexit – Die Macht der lauten Lügen, in: Zeit Online, 17.6.2016, unter: [www.zeit.de/wirtschaft/2016-06/brexit-auswirkungen-pro-contra-david-cameron-george-osbourne](http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-06/brexit-auswirkungen-pro-contra-david-cameron-george-osbourne)
- Lang, Kai-Olaf: Europa und die sog. «Migrationskrise» – Rückzug aus der Solidarität. Die Visegrád-Länder und ihre Reserviertheit in der Flüchtlingspolitik, in: SWP-Aktuell, 2015, unter: [www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A84\\_Ing.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A84_Ing.pdf)
- Hamann, Julia: Ein Lösungsansatz zum Skeptizismus: «Das Volk» und «Die da oben», Misstrauen und Entfremdung in Europa, in: DGAP kompakt 17, 10.10.2016, unter: <https://dgap.org/de/article/getFullPDF/28532>

### Texte zur AG 2 – EU-Freihandelsabkommen

- Informationen zu TTIP unter: [www.ttip-unfairhandelbar.de/start/das-abkommen/](http://www.ttip-unfairhandelbar.de/start/das-abkommen/)
- Informationen zu CETA unter: [www.umweltinstitut.org/fragen-und-antworten/freihandelsabkommen/das-euro-kanadische-abkommen-ceta.html](http://www.umweltinstitut.org/fragen-und-antworten/freihandelsabkommen/das-euro-kanadische-abkommen-ceta.html)
- Informationen zu TiSA unter: [www.greenpeace.de/was-ist-tisa](http://www.greenpeace.de/was-ist-tisa)
- Informationen zu JEFTA (Freihandelsabkommen mit Japan) unter: [www.umweltinstitut.org/themen/verbraucherschutz-handel/freihandelsabkommen/hintergrundinformationen/jefta-das-abkommen-mit-japan.html](http://www.umweltinstitut.org/themen/verbraucherschutz-handel/freihandelsabkommen/hintergrundinformationen/jefta-das-abkommen-mit-japan.html)
- Mögliche Auswirkungen auf die Kommunen:
  - Michels, Martina: Öffentliche Daseinsvorsorge ist das Rückgrat unserer Demokratie, Blogbeitrag, 23.4.2015, unter: <http://martina-michels.de/ttip-ceta/oeffentliche-daseinsvorsorge-ist-das-rueckgrat-unserer-demokratie/>

- Campact Online: TTIP vor Ort, 2014, S. 6–8, unter: [https://blog.campact.de/wp-content/uploads/2014/09/Campact\\_TTIP\\_vor\\_Ort.pdf](https://blog.campact.de/wp-content/uploads/2014/09/Campact_TTIP_vor_Ort.pdf)
- Campact Online: Ein Bürgermeister redet Tacheles zu TTIP und Ceta, 16.9.2014, unter: <https://blog.campact.de/2014/09/ein-oberbuegermeister-redet-tacheles-zu-ttip-und-ceta/>

### Texte zur AG 3 – EU-Förderpolitik

- EU-Kommission: Die Hauptinvestitionspolitik der EU, unter: [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/de/policy/what/investment-policy/](http://ec.europa.eu/regional_policy/de/policy/what/investment-policy/)
- EU-Kommission: Mehrjähriger Finanzrahmen 2014–2020 und EU-Haushalt 2014 – Übersicht in Zahlen, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 2013, S. 7, 9, 11, 18 u. 19
- EU-Kommission: Was ist der ESF?, unter: <http://ec.europa.eu/esf/main.jsp?catId=35&langId=de>
- EU-Kommission: Wie der ESF funktioniert, unter: <http://ec.europa.eu/esf/main.jsp?catId=525&langId=de>
- Hering, Ramona: EU-Regionalpolitik, hrsg. von Europa-Links.eu und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, E-Publikation, unter: [www.europa-links.eu/fakten/eu-regionalpolitik-143/](http://www.europa-links.eu/fakten/eu-regionalpolitik-143/), S. 1–4
- Kropp, Manuela: Europäische Fonds für regionale Entwicklung, hrsg. von Europa-Links.eu und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, E-Publikation, unter: [www.europa-links.eu/fakten/kohasionspolitik-96/](http://www.europa-links.eu/fakten/kohasionspolitik-96/)
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi): Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), 2015, unter: [www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/inhaltsverzeichnis.html?get=7510759ef9104c93efef9ac3453bb6d9;views;document&doc=2650](http://www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/inhaltsverzeichnis.html?get=7510759ef9104c93efef9ac3453bb6d9;views;document&doc=2650)
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi): Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), 2016, unter: [www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/inhaltsverzeichnis.html?get=7510759ef9104c93efef9ac3453bb6d9;views;document&doc=2622](http://www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/inhaltsverzeichnis.html?get=7510759ef9104c93efef9ac3453bb6d9;views;document&doc=2622)
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi): Kohäsionsfonds (KF), 2015, unter: [www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/suche.html?get=views;document&doc=2654](http://www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/suche.html?get=views;document&doc=2654)
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi): EU Förderung, 2015, unter: [www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderwissen/eu-foerderung,did=230970.html](http://www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderwissen/eu-foerderung,did=230970.html)

### Karten

- EU-Regionalfördermittel 2014–2020, Karte, unter: [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/de/information/maps/#1](http://ec.europa.eu/regional_policy/de/information/maps/#1) und [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/images/map/eligible2007/conv\\_comp\\_0713\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/images/map/eligible2007/conv_comp_0713_de.pdf)

# WORKSHOPKONZEPT

## Teil I – Vorstellung und Einführung in das Thema

- Ziel: Vorstellung der Teamer\*innen sowie der Teilnehmer\*innen untereinander, Einführung in das Thema
- Dauer: ca. 120 Minuten

Teil I bildet den Grundstein des Workshops. Hier werden sowohl Vorwissen und bisherige Erfahrungen als auch Fragen und Erwartungen der Teilnehmer\*innen an den Workshop ausgetauscht. Dabei soll sich für die Teamer\*innen zeigen, auf welchem Wissensstand die Teilnehmer\*innen sind. Welche Fragen und Themenblöcke sind für die Gruppe relevant? Welche Interessengebiete ergeben sich, und was soll im Laufe des Workshops unbedingt behandelt werden?

### 10:00–10:10 Uhr | Begrüßung, Vorstellung der Teamer\*innen und kurze Einleitung in das Thema

- Ziel: gemeinsames Ankommen, Herstellung einer guten Arbeitsatmosphäre, Kennenlernen der Teamer\*innen und Informationen zur Entstehung des Workshops
- Dauer: ca. 10 Minuten
- Materialien: Flipchart-Papier, Stifte oder Laptop, Beamer

Die Vorstellung der Teamer\*innen kann auf Flipchart-Papier oder Laptop erfolgen. Dabei sollte erneut der Titel des Workshops und der Veranstaltungsort genannt werden. Zunächst stellen sich die Teamer\*innen selbst vor und schildern ihren persönlichen Zugang zum Thema EU und Kommune vor dem Hintergrund des aktuellen EU-Skeptizismus. In den ersten Minuten können die Teamer\*innen auch die Entstehung und die Zielsetzung des Workshops thematisieren, indem sie Informationen aus dem Hintergrundtext (siehe Teil I des Bildungsmaterials) an die Teilnehmer\*innen weitergeben.

### 10:10–10:40 Uhr | Vorstellungsrunde

- Ziel: Vorstellung der Teilnehmer\*innen, Austausch über bisherige Erfahrungen und den jeweiligen Zugang zum Thema, Sammeln inhaltlicher Fragen
- Dauer: ca. 30 Minuten
- Materialien: Moderationskarten, Flipchart-Papier, DIN-A4-Papier, Kreppklebeband

Zum einen ist ein erstes Kennenlernen für eine produktive Arbeitsatmosphäre unentbehrlich. Zum anderen sind die hier aufkommenden Fragen und Themen für den weiteren Verlauf des Workshops wegweisend. Methodisch gibt es zahlreiche Möglichkeiten einer Vorstellungsrunde. Je nach Gruppe sollte darauf geachtet werden, dass sich die Teilnehmer\*innen in einer entspannten Umgebung befinden. Entweder stellen sich die einzelnen Teilnehmer\*innen vor der gesamten Gruppe vor, alternativ könnten aber auch Zweiergespräche besser passen. Dies kann erfragt und an die Wünsche der Teilnehmer\*innen angepasst werden. Für die Vorstellungsrunde braucht es Zeit. Im vorgeschlagenen Zeitplan des Musterworkshops sind lediglich 30 Minuten dafür eingeplant. In diesem Fall sollten alle Teilnehmer\*innen daran erinnert werden, sich kurz zu fassen und sich auf drei bis vier kurze Sätze zu beschränken. Um die Gruppenstruktur einschätzen zu können, sollten jedoch mindestens folgende Informationen über die Teilnehmer\*innen ausgetauscht werden:

- Name
- kommunale/organisatorische/politische Herkunft
- Zugang zum Thema

*Variante:* Eine weitere Kennenlernmethode ist, die politische Positionierung der Teilnehmer\*innen abzufragen, indem eine Zukunftsperspektive – mit der Thematik kombiniert – diskutiert wird. Die Teamer\*innen lesen drei Aussagen vor und verteilen sie auf drei DIN-A4-Zettel im Raum. Sie bitten die Teilnehmer\*innen aufzustehen und sich jeweils zu einem Zettel und der entsprechenden Aussage zu stellen, der sie am meisten zustimmen. Die Aussagen sollten beispielhaft den Schwerpunkt EU-Skeptizismus widerspiegeln:

Am Beispiel der Motivation, eine EU-Skepsis zu bekämpfen, könnten Aussagen den folgenden Satz vervollständigen: «Ich setze mich für die Idee der Europäischen Union ein, weil

- (1) die Europäische Union den Fortbestand des Friedens in Europa sicherstellen kann.»
- (2) ich durch die Europäische Union in den Genuss der Freizügigkeit/Reisefreiheit komme.»
- (3) die Europäische Union in ihrer Gründungsidee meinen Zuspruch findet, diese aber reformiert gehört.»

Falls die Teilnehmer\*innen ihre Meinung in keiner der drei Aussagen wiederfinden, können sie sich auch zwischen zwei Zetteln positionieren oder wahlweise ihre eigene Motivation zu Papier bringen. Es sollte dabei betont werden, dass sich alle Teilnehmer\*innen trauen können, ihre Position zum Ausdruck zu bringen. Die Aussagen und die darin enthaltenen politischen Positionierungen sollen niemanden entlarven oder in eine Schublade stecken. EU-Skeptizismus ist schließlich auch in linken Kreisen verbreitet. Stattdessen sollen die Aussagen den Teilnehmer\*innen helfen, sich zu vergegenwärtigen, mit welcher Haltung zum Thema sie in den Workshops hineingehen und wie sie ihr Engagement ausbauen wollen. Nachdem sich die Teilnehmer\*innen positioniert haben, erklären die Teamer\*innen, dass sie nun nach Kommentaren zu den vertretenen Meinungen fragen, diese aber ohne Wertung stehen gelassen werden sollen. Erneut sollte hier um Rücksicht und Respekt gegenüber den unterschiedlichen Positionierungen gebeten werden. Die Teilnehmer\*innen werden gefragt, ob sie bereit sind zu erklären, warum sie sich an diese Stelle gestellt haben. So werden mitunter zwei bis drei konträre Statements gesammelt. Je nach Gruppe und Erfahrung der Teamer\*innen ist hier der Übergang in eine Diskussion möglich, in der sich die Teilnehmer\*innen untereinander auch Fragen stellen können.

Die Moderation dieser Einstiegsmethode erfordert einige Zeit und ausreichend Erfahrung in der Bildungsarbeit, um mit den persönlichen Positionierungen und einer möglicherweise kontroversen Diskussion adäquat umgehen zu können. Ein Rückgriff auf die hier gemachten Erfahrungen der Teilnehmer\*innen bietet sich bei der Auswertung in Teil III des Workshops an.

### **10:40–10:50 Uhr | Vorwissen und Erwartungskklärung/-haltung**

- Ziel: Austausch über das Vorwissen der Teilnehmer\*innen, ihre Fragen und Erwartungen an den Workshop
- Dauer: ca. 10 Minuten
- Materialien: Stifte, Moderationskarten, Flipchart/Pinnwand, Flipchart-Papier

Die Teilnehmer\*innen werden aufgefordert, folgende Fragen auf zwei verschiedenfarbigen Moderationskarten zu beantworten:

- Was weiß ich über das Thema?
- Was wollte ich schon immer mal über das Thema erfahren?

Die Teamer\*innen pinnen oder kleben alle Moderationskarten, sortiert nach Vorwissen und Fragen, an das Flipchart/die Pinnwände. Für erkennbare thematische Schwerpunkte sollten Überbegriffe gefunden werden. Das Ergebnis wird dadurch für alle sichtbar. Dies ist hilfreich, um während des Workshops auf die Erwartungen zurückkommen zu können und bei der Auswertung daran zu erinnern. Die Teamer\*innen lesen die Ergebnisse vor und geben eine Einschätzung, welche der Erwartungen der Workshop erfüllen kann und welche nicht und für welche weiterführenden Wünsche möglicherweise an andere Stellen verwiesen werden kann (siehe Serviceteil). Eine zuvor auf Flipchart-Papier skizzierte Gliederung des Workshops (siehe Zeitplan, jedoch ohne Zeiten) kann mit den Teilnehmer\*innen vor dem Hintergrund ihres Vorwissens und der thematischen Schwerpunktsetzung gewichtet werden. Zudem kann der Zeitplan angepasst und der Gruppe erneut vorgestellt werden.

### **10:50–11:10 Uhr | Kurze filmische Dokumentation/Zeitungsartikel/Radiobeitrag**

- Ziel: tieferer Einstieg in das Thema
- Dauer: 20 Minuten (10 Minuten Video-/Radiobeitrag/Zeitungsartikel, 10 Minuten Beantwortung der Fragen)
- Materialien: Laptop, Beamer, Lautsprecherboxen, Video: «Nigel Farage in EuroParl on Brexit»<sup>6</sup> oder ein anderer Beitrag von Nigel Farage oder der AfD zum Thema EU, auch Zeitungsartikel oder Radiobeiträge möglich, Flipchart-Papier

Die Teamer\*innen spielen das Video oder den Radiobeitrag ab bzw. verteilen den ausgesuchten Zeitungsartikel. Zum Einstieg sollte der Inhalt kurz geschildert werden.

Beispiel: Ein Mitschnitt aus der EU-Parlamentsdebatte nach dem Votum der britischen Wahlberechtigten zum Austritt Großbritanniens aus der EU. Dort kommt der ehemalige Vorsitzende der → UKIP, Nigel Farage, zu Wort und nimmt in seiner Rede auf all das Bezug, was seiner Meinung nach zum Austrittsvotum geführt hat.

Im Anschluss an den Film- bzw. Radiobeitrag oder nach der Lektüre des Zeitungsartikels stellen die Teamer\*innen folgende Fragen an die Gruppe:

- Welche Ursachen bzw. Gründe zählt Nigel Farage in seiner Rede für den Austritt bzw. den Ausgang des Votums auf?
- Wie sind diese Ursachen bzw. Gründe konkret einzuordnen? (Sind sie eher EU-skeptisch oder schon EU-feindlich, sind sie ideologisch begründet oder handelt es sich eher um berechnenden EU-Skeptizismus? Wichtig hierbei ist ein Arbeiten mit den Begriffen.)
- Kennt ihr solche Situationen aus der eigenen Erfahrung?
- Welche Gedanken habt ihr, wenn ihr das seht/lest/hört?

Die Antworten der Teilnehmer\*innen sollen möglichst unkommentiert und für die gesamte Gruppe sichtbar von den Teamer\*innen auf Flipchart-Papier zusammengefasst werden. Im Zuge des Workshops kann darauf wieder Bezug genommen werden.

---

<sup>6</sup> Vgl. das Video unter: [www.youtube.com/watch?v=Y1ewRNSfyII](https://www.youtube.com/watch?v=Y1ewRNSfyII); Achtung: Video in Englisch, aber dt. Untertitel möglich.

*Hinweis:* Zum Zeitpunkt der Konzipierung des Bildungsmaterials war der Brexit noch frisch und somit ein Symbol für eine möglicherweise zerfallende EU. Innerhalb der Debatte um/über den Brexit sind immer wieder Punkte genannt worden, an welchen die EU «erkrankt» ist. Deshalb bietet sich das Thema Brexit zum jetzigen Zeitpunkt für eine Auseinandersetzung mit der EU an.

### **11:10–12:00 Uhr | Input EU-Wissen**

- Ziel: Einblick in die Struktur und das Arbeiten der Europäischen Union
- Dauer: ca. 50 Minuten (25 Minuten für das Referat, 25 Minuten für Fragen und Diskussion)
- Materialien: ggf. Laptop, Beamer

Das Referat dient als Input für den Workshop und die Arbeitsgemeinschaften und stellt die Europäische Union in ihren Grundzügen dar. Dazu gehören die Geschichte der EU, ihre Arbeitsstruktur und ihre Institutionen. Dieses Grundwissen legt die Basis, um in nachfolgenden Diskussionen und inhaltlichen Auseinandersetzungen mit Fachwissen umgehen zu können. Der Vortrag folgt keinem hier festgelegten Skript, sondern sollte an den Wissensstand der Teilnehmenden angepasst werden – Vorschläge zu entsprechenden Materialien finden sich im Abschnitt zum Referat. Da Vorträge und Präsentationen oft als trocken und langweilig empfunden werden, empfiehlt es sich, die Teilnehmer\*innen zum Beispiel durch Fragen einzubinden. Sollte das Vorwissen der Teilnehmer\*innen sehr unterschiedlich sein, können erfahrene Teilnehmer\*innen ihr Wissen mit allen teilen. Anschließend sollten Verständnisfragen geklärt und die Inhalte der Präsentation diskutiert werden.

## **Teil II – Arbeitsgruppenphase**

- Ziel: selbstständige Wissensaneignung
- Dauer: ca. 120 Minuten

In Teil II erfolgt eine tiefer gehende Auseinandersetzung mit den Inhalten des Workshops. Nach dem ersten Input seitens der Teamer\*innen sollen sich die Teilnehmer\*innen in bis zu drei Arbeitsgruppen (AGs) selbstständig Wissen aneignen, Texte lesen, diese gemeinsam diskutieren und erste Ideen entwickeln. Der Umfang des Materials, mit dem die AGs ausgestattet werden, sollte dabei an den Wissensstand der Gruppe und den zeitlichen Rahmen des Workshops angepasst werden. Neben den hier vorgeschlagenen drei Themenblöcken können selbstverständlich auch andere Themen vorbereitet werden. Dabei kann der Fokus stärker auf andere Aspekte gelegt werden: auf die mediale Berichterstattung und den dort auftretenden EU-Skeptizismus oder andere Erscheinungsformen ähnlicher Art.

### **12:00–12:10 Uhr | Aufteilung in Arbeitsgruppen**

- Ziel: Aufteilung der Teilnehmer\*innen in Kleingruppen
- Dauer: 10 Minuten
- Materialien: Arbeitsblätter, Texte, Flipchart-Papier, Stifte, Moderationskarten

Damit die Teilnehmer\*innen nun ihr Wissen in AGs – je nach Interessenlage – vertiefen können, werden die drei vorbereiteten Themenblöcke vorgestellt:

- AG 1 – EU-Skeptizismus
- AG 2 – EU-Freihandelsabkommen
- AG 3 – EU-Förderpolitik

Die Teilnehmer\*innen suchen sich ein Thema aus und teilen sich in Gruppen auf. Je nach Gruppengröße kann spontan entschieden werden, ob alle drei zur Verfügung stehenden Themen behandelt werden. Pro Gruppe werden ausreichend Arbeitsblätter (siehe Anhang), Texte, Stifte, Flipchart-Papier und Moderationskarten zur Verfügung gestellt. Die Arbeitsblätter beinhalten Text- und Literaturangaben sowie Fragen, die die Gruppen beantworten sollen. Die Teilnehmer\*innen sollen im Anschluss an die Gruppenarbeitsphase ihre Ergebnisse auf einem Flipchart-Papier oder Moderationskarten notieren, um ihre Ergebnisse später präsentieren und zur Diskussion stellen zu können.

### **12:10–12:40 Uhr | Mittagspause**

Pausen und eine ausreichende Verpflegung (Mittagessen, Snacks und Obst sowie Getränke: Wasser, Kaffee, Tee) sind für einen Tagesworkshop sehr wichtig. Sie dienen nicht nur dem Wohlbefinden und der Erholung der Teilnehmer\*innen, sondern auch der Teamer\*innen, immerhin verbringen alle fast sieben Stunden miteinander. Ist der Workshop selbstorganisiert, können die Teilnehmer\*innen gebeten werden (ggf. auch schon in der Einladung zur Veranstaltung), einen kleinen Unkostenbeitrag für die Verpflegung zu zahlen. Darüber hinaus sollten immer wieder kurze Pausen angeboten werden. Gerade in dieser Zeit werden zwischen den Teilnehmer\*innen nicht selten spannende Erfahrungen ausgetauscht und/oder Diskussionen fortgeführt.

### **12:40–14:10 Uhr | Arbeitsgruppenphase**

- Ziel: Erarbeitung unterschiedlicher Facetten und Lösungsansätze zu den aufgeworfenen Fragen und Punkten in Arbeitsgruppen
- Dauer: ca. 90 Minuten
- Materialien: Arbeitsblätter, Texte, Flipchart-Papier, Moderationskarten, Stifte

Die Teamer\*innen verdeutlichen, wie wichtig es ist, sich mit EU-Skeptizismus, dem Freihandel und der Förderpolitik auseinanderzusetzen. In den AGs können Beispiele dafür gesammelt werden, warum der Bezug zur EU und die kritische Auseinandersetzung mit dem jetzigen System der Union relevant sind und wie sich zukünftige Entwicklungen der EU auf die Menschen in Europa auswirken werden. Auch können und sollten Verbesserungsvorschläge zum jetzigen System der EU gemacht bzw. ausgearbeitet werden, um der EU-Skepsis entgegenzuwirken. Die Teilnehmer\*innen erarbeiten in den AGs gemeinsam Inhalte, die sowohl die europäische als auch die kommunale Ebene betreffen und einen Bogen zwischen beiden Ebenen spannen. In den AGs können sie diskutieren, Erfahrungen austauschen und wichtige Informationen auf Flipchart-Papier festhalten. Jede AG wird gebeten – gemeinsam – politische Forderungen aufzustellen bzw. Ergebnisse festzuhalten, die sich jeweils auf das Thema der AG beziehen. Die Teamer\*innen begleiten diesen Prozess, indem sie jederzeit für Fragen zur Verfügung stehen oder ab und zu bei den AGs nachfragen, wie die Teilnehmer\*innen mit den Aufgaben vorankommen.

### **14:10–14:40 Uhr | Präsentation und Zusammenführung der AG-Ergebnisse**

- Ziel: Zusammenführung der Ergebnisse aus den AGs und Austausch
- Dauer: 30 Minuten (pro Präsentation etwa 10 Minuten)
- Materialien: Flipchart-Papier/Moderationskarten aus den AGs

Alle AGs stellen ihre Ergebnisse möglichst knapp in Stichworten vor und verlesen ihre politischen Forderungen. Gab es drei Arbeitsgruppen, stehen jeder Gruppe maximal 10 Minuten Zeit zur Verfügung, inklusive möglicher Fragen seitens der anderen Teilnehmer\*innen. Alternativ können alle AGs ihre Ergebnisse und Forderungen auch in weniger als 10 Minuten vorstellen. In diesem Fall gibt es im

Anschluss an die Präsentationen die Möglichkeit der gegenseitigen Befragung oder der Diskussion einzelner Punkte. Die Teamer\*innen können hier abermals Themen, für deren Bearbeitung keine Zeit ist, schriftlich festhalten und gegebenenfalls im dritten Teil des Workshops oder in einem anderen Rahmen (weiteres Treffen, zweiter Workshop) aufgreifen.

### Teil III: Austausch und Vernetzung

- Ziel: Vernetzung und konkrete Kooperation für die Zukunft
- Dauer: ca. 120 Minuten
- Materialien: keine (neuen)

Die Vermittlung von faktenbasiertem Wissen steht im Vordergrund des Workshops. Das erworbene Wissen liefert die Basis dafür, die eigene Einstellung zur EU reflektieren und im direkten Gespräch EU-Skeptizismus entgegenzuwirken und/oder in eine konstruktive Richtung lenken zu können. In diesem Teil soll es darum gehen, die verschiedenen Formen von EU-Skeptizismus in der Kommune und Umgebung zu benennen, die denkbaren Auswirkungen der Freihandelsabkommen auf die Kommunen zu thematisieren und die Möglichkeiten des Einsatzes von EU-Fördermitteln aufzuzeigen. Vor dem Hintergrund der eigenen politischen Erfahrungen und den Gegebenheiten vor Ort sollen zudem Vernetzungsmöglichkeiten untereinander und mit weiteren Stellen diskutiert werden. So kann es zum Beispiel sein, dass Vertreter\*innen aus Verwaltung, Politik und Selbstorganisationen Hilfe bei der Antragstellung von EU-Fördermitteln, zumindest anfänglich, anbieten können. Konkrete Vernetzungsschritte und Unterstützungsangebote können hier im Detail besprochen werden.

#### 14:40–16:15 Uhr | Zusammenarbeit und Vernetzung

- Ziel: Austausch über die jeweiligen Probleme vor Ort, Vernetzung der Teilnehmer\*innen
- Dauer: ca. 90 Minuten
- Materialien: ggf. Kontaktliste

Die Teamer\*innen sammeln auf einem Flipchart-Papier die unterschiedlichen Institutionen/Organisationen/Aufgabengebiete, die im Zusammenhang mit den bearbeiteten und genannten Themen und Problemfeldern stehen. Dabei können im Gespräch die ersten Kontakte ausgetauscht werden. Zugleich können die Erwartungen und Fragen der Teilnehmer\*innen, die im Laufe des Workshops schriftlich festgehalten wurden, oder die Ergebnisse der AGs erneut thematisiert werden. Möglicherweise ergibt sich daraus das Bedürfnis nach einer Fortsetzung des inhaltlichen Austauschs bzw. der tieferen Bearbeitung eines Themas/einer AG. Sollten daraus Vorhaben entstehen, die unmittelbar angegangen werden sollten, können die Teamer\*innen anbieten, diese schriftlich festzuhalten und im Anschluss an den Workshop den interessierten Teilnehmer\*innen zukommen zu lassen.

In diesem Rahmen sollte auch eine Liste zur anschließenden Vernetzung herumgereicht werden, in die sich die Teilnehmer\*innen eintragen können. Sie sollte folgende Informationen beinhalten: Name, Institution/Organisation/Funktion, E-Mail-Adresse, Telefon-/Handynummer, Adresse sowie weitere Wünsche oder Interessen bezüglich des Themas. Sie kann im Anschluss an den Workshop eingescannt und an alle Teilnehmer\*innen, die sich eingetragen haben (Einschränkung aufgrund des Datenschutzes), verschickt werden.

## **16:15–16:45 Uhr | Auswertungsrunde, Feedback und Verabschiedung**

- Ziel: Auswertung des Workshops, Feedback der Teilnehmer\*innen untereinander und an die Teamer\*innen
- Dauer: 35 Minuten (30 Minuten/5 Minuten)
- Materialien: Flipchart-Papier, Moderationskarten, DIN-A4-Papier, Stifte

Für die Auswertung kann folgende Methode angewandt werden: Alle Teilnehmer\*innen erhalten drei Moderationskarten in drei verschiedenen Farben. Jede Farbe steht für eine Frage, die die Teilnehmer\*innen beantworten sollen. Farbe 1: «Was nehme ich mit?», Farbe 2: «Was ist noch offen geblieben?», Farbe 3: «Was fand ich gar nicht so gut?»

Alternativ dazu kann auch die Fünf-Finger-Methode genutzt werden. Die Teilnehmer\*innen zeichnen ihre Hand ab und schreiben auf die Finger: Daumen: «Das fand ich gut», Zeigefinger: «Das war besonders wichtig/Das war ein guter Hinweis», Mittelfinger: «Das hat mir nicht gefallen/Das hat mich genervt», Ringfinger: «Daran möchte ich festhalten/So habe ich mich gefühlt», kleiner Finger: «Das ist zu kurz gekommen».

## **Nach dem Workshop: Dokumentation und Auswertung**

- Ziel: Reflexion des Workshops

Vorbereitung der Nachbereitung: Eine Dokumentation des Tages ist für die Teilnehmer\*innen im Nachhinein hilfreich, weil sie – in Ruhe und mit etwas Abstand zum Workshop – noch einmal einen Blick zurückwerfen und den Tag erneut reflektieren können.

Alle Flipchart-Papiere und die von den Teilnehmer\*innen beschrifteten Moderationskarten sollten im Laufe des Workshops abfotografiert werden (nachdem den Teilnehmer\*innen mitgeteilt wurde, weshalb die Fotos gemacht werden), um diese dann in die Dokumentation einzufügen. Zentrale Fragen können noch einmal verschriftlicht werden. Die Dokumentation und die Präsentation sollten im Anschluss an alle Teilnehmer\*innen versandt werden, die Teilnehmerliste zur weiteren Vernetzung an jene, die sich eingetragen haben.

Für die Nachbereitung der Teamer\*innen sind folgende Fragen hilfreich, gegebenenfalls nach Inhalt und methodischer Umsetzung getrennt: Was war gut und wo gab es Probleme? Was blieb offen? Worauf kann beim nächsten Workshop geachtet werden? Welche Fallstricke kann ich nächstes Mal vermeiden? Was war besonders an der Zusammensetzung der Teilnehmer\*innen in diesem Workshop? Hierfür können auch Fragebögen an die Teilnehmer\*innen ausgeteilt werden.

# INHALTLICHE MATERIALIEN FÜR DEN WORKSHOP

- Inputreferat und inhaltliche Hintergründe zur Europäischen Union
- Arbeitsblätter:
  - AG 1 – EU-Skeptizismus
  - AG 2 – EU und Freihandelsabkommen
  - AG 3 – EU-Förderpolitik

## Vorgehen Input/Einführung «EU-Wissen»

Zentrales Ziel dieses Moduls ist die Vermittlung von Basiswissen zur Europäischen Union. Es besteht aus zwei Abschnitten. Um Redundanzen zu vermeiden, sollte der/die Referierende sich vorher mit dem Niveau der EU-Kenntnisse unter den Teilnehmenden vertraut machen. Diese umfassen wichtige Schlüsselbegriffe, die Grundvoraussetzung für das Verstehen der EU und ihrer Funktionsweise sind. Anschließend werden kurz die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die kommunale Ebene umrissen. Dies kann als Grundlage für eine Diskussion dienen. Die Darstellung ist so konzipiert, dass sie den Referent\*innen eine möglichst große Gestaltungsfreiheit lässt. Das Material zur Institutionengeschichte der EU sprengt den Rahmen dieser Handreichung. Deshalb wird auf eine starre Vorgabe – etwa in Form eines Skriptes – verzichtet. Stattdessen werden weiterführende Materialvorschläge geliefert. Damit können Referent\*innen je nach Wissensniveau und Teilnehmenden selbst über passende Darstellungen entscheiden und diese gegebenenfalls in das Impulsreferat einbauen. Zentrale Begriffe des Einführungsteils/Inputs sind:

- Ideengeschichtliche Informationen zur Gründung der EU: Stichworte sind hier der Schuman-Plan und wirtschaftliche Verflechtungen, die eine politische Integration nach sich ziehen, gern als «überschwappende» Integration beschrieben.
- Historische Entwicklung der EU: Darstellung der EU als ein sich schrittweise entwickelndes Gebilde, das aufgrund dieser Entwicklung spezifische Strukturen ausgebildet hat (schrittweise Integration durch Verträge, Primat des Binnenmarkts, institutionelle und geografische Entwicklung).
- Supranationalität und Intergouvernementalität in der EU: Die EU als Staatenverbund mit einer spezifischen Verteilung von Entscheidungskompetenz zwischen überstaatlichen und zwischenstaatlichen Elementen. Dieser Punkt ist natürlich eng verknüpft mit den entsprechenden Institutionen in der EU.
- Institutionen der EU: Aufgaben und Tätigkeitsgebiete von EU-Kommission, EU-Räten, EU-Parlament, Ausschuss der Regionen. Besondere Aufmerksamkeit verdient der Punkt Mehrheits- vs. Einstimmigkeitsprinzip in Bezug auf die Diskussion Supranationalität vs. Intergouvernementalität.
- Die EU als Rechtsgemeinschaft: Die Geschichte der EU als eine Geschichte von Verträgen, die «4 Freiheiten» der EU und die «Binnenmarktfixierung» der EU.

- Die EU als Mehrebenensystem: Sicherlich der komplexeste Punkt. Zweck der Thematisierung ist es, die Verwobenheit und diversen Interdependenzen der unterschiedlichen Ebenen und Akteure darzustellen, damit deutlich wird, dass die EU ein komplexes System ohne klare Hierarchisierung ist. Nicht zu ausufernd, es reicht der Hinweis auf die Schwierigkeit, transparente Entscheidungen zu treffen, und die EU als eine Vielzahl unterschiedlicher Einzelarrangements (Schengen, Eurozone etc.) darzustellen.

Die Thematik EU ist sehr umfassend, deshalb ist hier darauf zu achten, sich an den Schlüsselbegriffen abzuarbeiten und nicht zu sehr abzuschweifen. Das Inputreferat sollte 20–25 Minuten nicht überschreiten, damit ebenso viel Zeit für die Diskussion und offene Fragen bleibt. Dementsprechend ist eine Konzentration auf die oben genannten Kernthemen und den «roten Faden» notwendig, da hierauf im Nachgang aufgebaut wird. Anschließend werden ausgehend von den Schlüsselbegriffen wichtige Konsequenzen für die Kommunen erläutert. Dies kann in unterschiedlicher Tiefe geschehen und ist sehr stark abhängig vom Ausgangsniveau und dem Interesse der Teilnehmenden. Im Zweifelsfalle gilt hier: Weniger ist mehr. Eine Überforderung der Teilnehmenden sollte unbedingt vermieden werden. Es wird empfohlen, besser mehr Zeit für Nachfragen einzuräumen, als zielstrebig alle Themen behandeln zu wollen.

#### Quellen zur weiteren Recherche

- Informationen zu den Strukturen des Europäischen Parlaments unter: [www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/20150201PVL00010/Organisation](http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/20150201PVL00010/Organisation)
- Informationen zu den Institutionen der EU unter: [www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuld=theme1.html](http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuld=theme1.html)
- Informationen zur Geschichte der EU unter: [www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Medien/Pdf/Zeittafel\\_automatisch.pdf](http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Medien/Pdf/Zeittafel_automatisch.pdf) sowie unter: [https://europa.eu/european-union/about-eu/history\\_de](https://europa.eu/european-union/about-eu/history_de)
- Informationen zu den Erweiterungen der EU unter: [https://europa.eu/european-union/topics/enlargement\\_de](https://europa.eu/european-union/topics/enlargement_de) sowie unter: [https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Maps\\_of\\_the\\_European\\_Union\\_enlargement](https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Maps_of_the_European_Union_enlargement)
- Informationen zum Mehrebenensystem EU unter: [www.dadalos-d.org/europa/grundkurs\\_2.htm](http://www.dadalos-d.org/europa/grundkurs_2.htm)
- Geeignete Materialien für (Plan-)Spiele unter: [www.eiz-niedersachsen.de/europa-in-der-schule/materialien/](http://www.eiz-niedersachsen.de/europa-in-der-schule/materialien/)
- Allgemeines Kartenmaterial zur EU unter: [https://commons.wikimedia.org/wiki/Atlas\\_of\\_the\\_European\\_Union](https://commons.wikimedia.org/wiki/Atlas_of_the_European_Union)
- Informationsvideo zur Schuman-Erklärung unter: <https://vimeo.com/65644319>

# INPUTREFERAT UND INHALTLICHE HINTERGRÜNDE ZUR EU

## Was ist die EU?

→ Staatenverbund aus derzeit 28 Mitgliedstaaten mit rund 507 Millionen Einwohner\*innen – besitzt übliche Symbole staatlicher Autorität: z. B. Staatsbürgerschaft, Währung, Hymne, Flagge, Feiertag (9. Mai) und Wahlspruch. Die EU ist kein «echter» Staat, sie ist ein Staatenverbund mit eigenständigen Institutionen und einer Mischung aus Mitsprache zwischen EU-Institutionen, Mitgliedstaaten und EU-Bürger\*innen.

Gegründet wurde der Vorläufer der EU, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), 1952 von sechs europäischen Ländern (→ Montanunion, → EGKS, → Schuman-Plan). Seither gab es mehrere Erweiterungen mit der Aufnahme neuer Staaten. Die EU ist heute auf 28 Mitglieder angewachsen. Neben den Erweiterungen gab es immer wieder neue EU-Verträge, die die Kompetenzverteilung über Politikfelder zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten regelt. Die neueste Entwicklung ist dabei, dass Großbritannien wohl als erstes Mitgliedsland voraussichtlich die EU verlassen wird (→ Brexit).

## Gründungszusammenhang der EU: Der Schuman-Plan

Ideen für ein befriedetes und vereintes Europa gibt es viele und schon sehr lange. Wichtiger und direkter Impuls für die Gründung der Vorläuferorganisationen der EU war der sogenannte Schuman-Plan, benannt nach dem französisch-deutschen Staatsmann Robert Schuman (1886–1963), Rechtsanwalt und Dr. jur. in Deutschland, später französischer Justiz- und Außenminister.

Maßgeblich für die Konzeption des Schumannplans mitverantwortlich war unter anderen Jean Monnet: franz. Unternehmer, Leiter des franz. Planungsamts und verantwortlich für die Integration Deutschlands in eine europäische Wirtschaftsordnung.

Schuman-Erklärung (9. Mai 1950, Europatag): Rede zur Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) zur Einbindung Deutschlands in eine europäische Nachkriegsordnung und als Instrument, einen weiteren europäischen Krieg (zwischen Deutschland und Frankreich) zu verhindern und eine dauerhafte Friedensordnung auf der Basis gemeinsamen Wirtschaftens zu errichten. Der gemeinsame Binnenmarkt als das Fundament der EU zeigt, dass diese Annahmen nicht ganz falsch waren. Hier der Idealprozess in drei Schritten:

- (1) Zusammenlegung der deutschen und französischen Kohle- und Stahlerzeugung unter eine dritte, sogenannte hohe Behörde, die beiden Mitgliedstaaten gehörte und nur gemeinsam verwaltet werden konnte. Das zugrundeliegende Prinzip: Durch die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung und gemeinsam kontrollierte Wirtschaft in Form eines gemeinschaftlichen Markts (Binnenmarkt) sollten: größere Absatzmärkte, Wohlstands- und Effizienzgewinne möglich werden und damit einen starken «Anreiz» zur Kooperation geben.
- (2) Die folgende wirtschaftliche Verflechtung und die gemeinsame Verwaltung kriegswichtiger Rohstoffe (Kohle und Stahl) sollten Kriege unter den Mitgliedstaaten unwirtschaftlich und unwahrscheinlich machen, da die Volkswirtschaften schon zu stark miteinander verflochten sein würden.

(3) In den folgenden Schritten sollte diese Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Kohle und Stahl auch auf andere Bereiche «überschwappen» und einen Automatismus entfalten: Die politische Integration in einem Wirtschaftssektor erfordert die Integration in benachbarten Wirtschaftssektoren usw. (Branchen sind funktional abhängig von anderen Politikbereichen, z. B. Finanz-, Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik).

## Kurze Geschichte der EU

Geschichte der EU als aufeinander aufbauende Entwicklungsschritte der Mitglieder, Verträge und Institutionen

- 1952 EGKS/Montanunion: Frankreich, die BRD, die Beneluxländer und Italien vereinbaren wirtschaftliche Zusammenarbeit im Bereich Kohle und Stahl, Zollunion für diese Industrie, gemeinsame Produktionsregeln, Gründung der ersten gemeinschaftlichen Koordinierungsinstitutionen
- 1958 Vertrag von Rom: Ausweitung des Prinzips der EGKS auf den Bereich der Atomenergie (EURATOM), Aufbau einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), das heißt keine Schlechterstellung anderer Mitgliedstaaten
- 1967 Vertrag von Brüssel: Fusion von EWG, EURATOM und EGKS zur Europäischen Gemeinschaft (EG), Gründung vieler Institutionen, die auch heute noch in der EU zu finden sind (Kommission, Rat der Mitgliedstaaten, Parlament). Verwirklichung der Zollunion (Warenverkehrsfreiheit und Dienstleistungsfreiheit), Abschaffung aller Warenzölle innerhalb der EG. Angleichung der Produktionsregeln steht noch aus und ist Aufgabengebiet der Kommission für Jahrzehnte.
- 1973 Beitritt des Vereinigten Königreichs, Irlands, Dänemarks
- 1981 Beitritt Griechenlands
- 1985 Schengener Abkommen: Grenzüberschreitendes Reisen ohne Zoll möglich
- 1986 Einheitliche Europäische Akte (EEA): Erster «Reformvertrag» für die bestehenden Verträge. Einführung eines gemeinsamen Binnenmarkts bis 1993 (Freizügigkeit für Kapital), mehr Rechte für Kommission und Parlament, Beitritt Spaniens und Portugals
- 1993 Vertrag von Maastricht: Gründung der EU (Sammlung der bestehenden Institutionen unter einem einheitlichen Dach), Vorbereitung auf Währungsunion («Vollendung des Binnenmarkts»), mehr Mitsprache des Parlaments bei EU-Gesetzen, Ausweitung der EU-Kompetenzen auf andere Politikbereiche (Justiz, Inneres)
- 1995 Beitritt Österreichs, Schwedens und Finnlands
- 2004 Beitritt Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern
- 2007 Beitritt Rumäniens und Bulgariens
- 2009 Vertrag von Lissabon: Klare Kompetenzzuweisung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten und Festlegung der Bereiche ausdrücklicher Zusammenarbeit. Einführung Europäisches Bürgerbegehren, EU-Ratspräsident, EU-«Außenminister» und Europäischer Diplomatischer Dienst. Auch eine Austrittsklausel aus der EU wird eingefügt.

- 2013 Beitritt Kroatiens
- 2016 Brexit-Referendum: Entscheidung Großbritanniens für den Austritt aus der EU

### Zwischenstaatlich versus überstaatlich

Im Zuge der Europäischen Einigung haben alle Mitgliedstaaten bestimmte Teile ihrer → Souveränität an die EU abgegeben. Das bedeutet, dass für diese Bereiche die EU-Gesetze in allen Mitgliedstaaten allgemein gültig sind. Die Entscheidungen bezüglich dieser Gesetze fallen in der EU auf zwei unterschiedliche Arten. Auf der zwischenstaatlichen Ebene (auf der alle Mitgliedstaaten gleichberechtigt Stimmrecht haben) diskutieren die Staaten, bis Einigkeit herrscht (Prinzip der Einstimmigkeit). Die zwischenstaatlichen Entscheidungen fallen im Namen der EU, werden aber von den Mitgliedstaaten entschieden. Der Ort, an dem dies stattfindet, ist der Ministerrat der EU oder der Rat der Staats- und Regierungschefs. Diese Art der politischen Entscheidungen wird → Intergouvernemental genannt, denn hier verhandeln die Mitgliedstaaten «unter sich» und verpflichten sich, die selbst vereinbarten Regeln umzusetzen. So etwa in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Jeder Staat hat hier das Recht, sein Veto einzulegen, deshalb dauern Entscheidungen auf dieser Ebene sehr lange und langwierige Verhandlungen sind an der Tagesordnung. Wenn irgendwo wieder ein langer Brüsseler Sitzungsmarathon in der Nacht zu Ende geht und jemand einen sorgsam ausgehandelten Kompromiss verkündet – dann war es wohl eine intergouvernementale Entscheidung.

Andere Entscheidungen, die vor allem überstaatliche Bereiche betreffen (z. B. Umwelt- und Klimapolitik), trifft die EU aber gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und dem EU-Parlament. Diese supranationalen Entscheidungen sind Mehrheitsentscheidungen. An ihnen sind die EU-Kommission, die EU-Mitgliedstaaten und das EU-Parlament beteiligt. Weil Entscheidungen aber nicht nur auf nationaler und supranationaler Ebene, sondern auch «darunter», etwa in den deutschen Bundesländern oder auch Kommunen getroffen werden, spricht man von der EU als Mehrebenensystem: ein politisches System, das viele sich verschränkende und verbundene Ebenen der politischen Entscheidungsfindung kennt. Dabei haben Politiker\*innen oft viele Möglichkeiten, politische Themen geschickt von der einen auf die andere Ebene zu holen, um sie dort unter Umständen leichter umzusetzen. Oft ist die Existenz einer weiteren Ebene politischer Entscheidungen auch eine gute «Ausrede», um sich nicht für eine unpopuläre Entscheidung rechtfertigen zu müssen (nach dem Motto «Das kommt von Brüssel, das ist nicht meine Schuld» oder «Ich würde ja gern, aber Brüssel erlaubt es nicht ...»).

### Institutionen der EU

Bisher sind verschiedene Institutionen der EU namentlich genannt worden. In der Hauptsache besteht die EU aus vier wichtigen Institutionen, die sich spiegelbildlich zur traditionellen nationalstaatlichen Organisation verhalten: (1) die EU-Kommission, (2) der EU-Ministerrat bzw. Der Rat der Staats- und Regierungschefs, (3) das EU-Parlament und (4) der Europäische Gerichtshof (EuGH).

- **EU-Kommission:** supranationale Institution, vertritt die Interessen der EU («Hüterin der Verträge»), Kollegium aus 28 (eine\*r pro Land) Kommissar\*innen. Vorsitz = Kommissionspräsident\*in. Ist der Kopf der Verwaltung der EU, d. h., jede\*r Kommissar\*in hat einen Aufgabenbereich, ein sogenanntes Generaldirektorat, das in etwa mit einem nationalen Ministerium vergleichbar ist. Damit sind die Kommissare die «Minister» der EU-Kommission. Die Kommission kann Gesetzesvorschläge einbringen, setzt europäische Gesetze durch (Strafverfahren), legt Ziele und Prioritäten im ersten EU-Haushaltsentwurf fest und vertritt die EU nach außen.
- **EU-Ministerrat:** intergouvernementale, zwischenstaatliche Institution, vertritt die Interessen der Mitgliedstaaten («Länder/Staatenkammer» in der EU), regelmäßig tagende Sitzungen der Fachminister\*innen der Mitgliedstaaten zu verschiedenen Fachthemen. Dient der Abstimmung und Koordinierung der gemeinsa-

men Politik der Mitgliedstaaten in der EU. Der Ministerrat ist am Gesetzesprozess der EU in zweifacher Weise beteiligt: Er kann einerseits Verabredungen über Themen treffen, die unter Umständen Vertragscharakter erhalten, oder nimmt am Gesetzesprozess mit der EU-Kommission und dem EU-Parlament teil. Der Vorsitz rotiert.

- **EU-Parlament:** Die Bürgervertretung der EU vertritt meist die Interessen der EU und ist die «Bürgerkammer» der EU. Das Parlament ist am regulären supranationalen Gesetzesprozess der EU beteiligt. Es wird direkt alle fünf Jahre gewählt, wobei jedem Mitgliedsland eine unterschiedliche Anzahl an Europaabgeordneten zusteht, die sich näherungsweise an der Einwohnerzahl orientiert. Das Parlament ist damit die einzige direkt gewählte Institution in der EU.
- **Europäischer Gerichtshof (EuGH):** vertritt die Interessen der EU-Verträge. Damit sind die Richter des EuGH zuständig für die oberste und verbindliche Auslegung und Anwendung des EU-Rechts. Der EuGH schafft sogenanntes Sekundärrecht (alles europäische Recht jenseits der Verträge zwischen den Mitgliedstaaten). Die oberste Autorität des EuGH wird in allen supranationalen Bereichen der EU anerkannt. Der EuGH ist nicht mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) zu verwechseln. Dieser hat ein eigenes Mandat und existiert unabhängig von der EU. Ein\*e Richter\*in pro Mitgliedsland. Der EuGH ist zuständig, Verstöße gegen EU-Recht festzustellen, für eine Angleichung (Harmonisierung) zwischen nationalem und EU-Recht zu sorgen und schließlich auch dafür, neues EU-Recht (durch Interpretation der Verträge) zu schaffen.
- **Ausschuss der Regionen:** Vertretung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der EU. Kann Standpunkt (Empfehlungen/Stellungnahmen) abgeben, muss von EU-Kommission, Rat und Parlament in Gesetzesprozessen angehört werden. Hat ein Klagerecht bei Verstößen gegen das Subsidiaritätsprinzip, besitzt aber kein Veto im Gesetzesprozess der EU. 353 Mitglieder, bestimmt durch die Mitgliedstaaten, von den deutschen Delegierten (24) nur drei als Vertreter\*innen der Kommunen, der Rest Ländervertreter\*innen.
- **Andere Akteure:** Organisationen/Interessengruppen, die sich am Meinungsbildungsprozess in der EU beteiligen und die die EU-Politik (Kommission und Parlament) gezielt beeinflussen wollen bzw. Informationen weiterleiten, Erfahrungen austauschen, Kontakte zu Abgeordneten pflegen, beraten und als Stimme ihrer Organisationen in politischen Diskussionen präsent sind. Für kommunale Belange sind v. a. interessant:
  - Vertretungen der Bundesländer bei der EU – Brüsseler Büro des Städte- und Gemeindetags – Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) (Kommunaler Dachverband in der EU)
  - Europäischer Verband der öffentlichen Arbeitgeber und Unternehmen (CEEP) – Gemeinschaft der Europabüros der sächsischen, bayerischen, baden-württembergischen Kommunen in Brüssel
  - Die Europabeauftragten großer Städte oder Regionen (Berlin, Hamburg, München, Frankfurt a. M. etc. sowie Metropolregion Stuttgart) – Städtenetzwerke (EUROCITIES)

## Verwaltungs- und Rechtsgemeinschaft EU

Die EU ist vor allem eine Rechtsgemeinschaft. Ihre Geschichte ist eine Geschichte der Verträge und Vertragsüberarbeitungen. Die Mitgliedstaaten handeln internationale Verträge aus, die die Art und Weise ihrer Zusammenarbeit untereinander oder das Agieren der EU insgesamt regeln. Dabei steht EU-Recht über nationalem Recht.

Die EU ist außerdem eine Verwaltungsgemeinschaft: Fachbeamte erlassen Regelungen, die sich zu einem Großteil mit der verwaltungsrechtlichen Praxis und Steuerung von Politikfeldern (Binnenmarkt)

beschäftigen (Produkt- und Herstellungsvorschriften).

Damit erklärt sich die starke Wirtschaftsorientierung der EU: Durch die alleinige Verantwortung für den Binnenmarkt ist es für die EU am einfachsten, über eine marktfördernde und marktformende Politik eine weitere Integration in anderen Politikfeldern zu erreichen. Die vier Grundfreiheiten des Binnenmarkts (und der Unionsbürgerschaft) sind der rechtliche «Hebel», um diese Verrechtlichung und Verflechtung (mit anderen Politikbereichen) zu erreichen.

Die vier Grundfreiheiten:

- (1) **Freier Personenverkehr:** Alle EU-Bürger\*innen können sich frei innerhalb der EU bewegen, sich niederlassen und eine Arbeit aufnehmen. Es gibt keine Binnengrenzen mehr, wobei die Außengrenzen kontrolliert werden.
- (2) **Freier Warenverkehr:** Eine der wesentlichen Freiheiten in der EU ist der freie Warenverkehr. Für Waren, die sich innerhalb der EU bewegen, gibt es keine Grenzkontrollen, Zölle oder Kontingentierungen. Dadurch wurde der Handel zwischen den Mitgliedstaaten vereinfacht und deutlich angekurbelt.
- (3) **Freier Dienstleistungsverkehr:** Durch den freien Dienstleistungsverkehr kann beispielsweise jede Privatperson zwischen europäischen Handyanbietern, Stromversorgern oder Versicherungsgesellschaften wählen.
- (4) **Freier Kapitalverkehr:** Jede\*r EU-Bürger\*in hat die freie Wahl, in welchem Land und bei welchem Kreditinstitut sie/er Geld anlegen möchte. Der Austausch von Geld in den Mitgliedstaaten ist nicht beschränkt.

Diese vier Grundfreiheiten erklären auch die oben genannte marktfördernde und marktformende Politik der EU. Damit ist eine Politik gemeint, die marktwirtschaftliche Politiken fördert und in bestimmten Marktbranchen nationale Regeln abschafft (etwa im Bereich Gesundheit, Stahl, Obst und Gemüse etc.) und durch gemeinsame europäische Regeln ersetzt. Diese Politiken der EU (bzw. der EU-Kommission) zielen auf die Schaffung einheitlicher europäischer Märkte und fügen sich ein in das oben beschriebene Prinzip der überlappenden Integration. Marktformende Politik meint hingegen, dass die EU aus demselben Grund auch daran interessiert ist, neue Märkte für Waren oder Dienstleistungen zu schaffen, in dem diese Branchen aus einer (nationalstaatlich) geschützten Nische, in der nicht (allein) das Prinzip des Wettbewerbs gilt, heraustreten. Ein Beispiel dafür ist der Bereich der öffentlichen Versorgung. Diese Binnenmarktfixierung der EU lässt sich aus ihrem Entstehungszusammen ableiten. Die vier Grundfreiheiten sind der Garant des europäischen Binnenmarkts. Ohne europäischen Binnenmarkt gibt es keine EU und keine weiterführende Integration – so die Überzeugung der EU-Kommission.

## Mehrebenenpolitik in der EU

Die EU besteht aus einer Vielzahl von Einzelarrangements (→ Eurozone, → Schengenraum), die zwar allen Mitgliedern offenstehen müssen, in denen aber nicht alle Staaten Mitglied sind – entweder weil sie nicht wollen oder die Voraussetzungen zum Beitritt nicht erfüllen. Wie schon angedeutet ist die EU ein komplexes System unterschiedlicher Ebenen und Orte der Entscheidungsfindung. Es gibt die supranationale Ebene der EU, die nationale Ebene der Mitgliedstaaten und die subnationale Ebene der Länder und Kommunen, die durch jeweils eigene Prozeduren der Entscheidungsfindung, unterschiedliche Akteure und Kompetenzen gekennzeichnet sind. Eine klare, klassische Hierarchie fehlt dabei. Als Reaktion auf diese Struktur der EU hat sich ein Prinzip durchgesetzt, das helfen soll, die Komplexität des Systems EU im politischen Alltagsbetrieb handhabbar zu machen. Das sogenannte → Subsidiaritätsprinzip. Dabei gilt: Es ist die politische Ebene zuständig, auf der sich das Problem am besten (effizientesten, vorteilhaftesten) lösen lässt.

Dieses Prinzip erklärt sich aus der historisch gewachsenen Struktur der EU und der Balance aus unterschiedlichen Vertretungsansprüchen (EU/Mitgliedstaaten/Länder und Kommunen). Diese nicht lineare Entwicklung der EU – also eine schrittweise Integration sowie die vielen Verträge und Vertragsrevisionen über eine politische Zusammenarbeit – hat eine Verfassung aus «einem Guss» nicht ermöglicht. In der Folge verketteten sich diese vielschichtigen Entscheidungskompetenzen, und die Kompetenzebenen der EU durchdringen sich wechselseitig. Das führt zu langsamen, intransparenten Entscheidungen, in denen demokratisch saubere Praktiken (Parlamentshoheit, Transparenz demokratischer Entscheidungen und Wahlen) nur unzureichend entstehen konnten. Das Nebeneinander verschiedener Entscheidungsgremien und die komplexen, oftmals intransparenten Prozedere machen es organisierten Einzelinteressen (Lobbyismus) einfach, großen Einfluss auf die Entscheidungsfindung in der EU zu nehmen. Aber: Die EU ist eine Baustelle und weit von einer «Finalität» oder Fertigstellung entfernt.

Um zu rekapitulieren: Die EU ist ein Staatenverbund, der unterschiedliche Mitgliedschaftsarrangements kennt. Kein Land muss in allen europäischen Institutionen und Organisationen vertreten sein. Die EU ist vor allem eine Rechtsgemeinschaft, der sich die Mitgliedstaaten selbst unterstellt haben und in der die Verträge und ihre Auslegung die Kompetenzverteilung maßgeblich bestimmen. Die EU ist ein Mehrebenensystem, ihre Institutionen lassen sich ganz grob in supranationale und nationale Interessenvertretungen aufteilen, die vielen unterschiedlichen politischen Entscheidungsebenen sind miteinander verflochten.

### Wie sieht das Verhältnis zwischen EU und Kommunen aus?

Wie beschrieben wurde, sind die Rechtsakte der EU zentral für die Art und Weise, wie die EU in die Kommunalpolitik eingreift. Wie sehen dabei die wichtigsten Rechtsakte der EU aus («EU-Gesetze»)?

- **Richtlinien:** Festlegung eines verbindlichen Ziels, das alle EU-Länder erreichen müssen. Der Weg dahin, also die Umsetzung der Richtlinien, bleibt jedem Land freigestellt.
- **Verordnungen** sind verbindliche Rechtsakte, die alle EU-Länder genau so umsetzen müssen.
- **Stellungnahmen/Empfehlungen** sind unverbindliche Äußerungen eines EU-Organs, die mit keinerlei Verpflichtungen verbunden sind (z. B. die Stellungnahmen/Empfehlungen des Ausschusses der Regionen).

Das Verhältnis zwischen den Kommunen und der EU wird aber nicht nur durch direkte Gesetzesakte beeinflusst, sondern auch durch indirekte Wirkungen anderer Regelungen, durch die Tätigkeit verschiedener EU-Institutionen und anderer Organisationen.

### Was bedeutet das konkret?

Das Verhältnis zwischen Kommunen und EU ist wesentlich über den Marktzugang bestimmt. Das wichtigste marktpolitische Instrument sind **Beihilfenkontrollen**. Sie regeln, ab wann Subventionen und staatliche Finanzspritzen erlaubt und/oder genehmigungspflichtig sind. Dadurch hat die EU maßgeblichen Einfluss auf die Gestaltung der kommunalen Wirtschaftsförderung, etwa durch EU-Regeln zur Haushaltsführung: So regelt zum Beispiel das Prinzip Kostendeckung statt Quersubvention, dass Mehreinnahmen aus einem Posten im Haushalt (z. B. Energie) nur noch unter bestimmten, sehr eingeschränkten Bedingungen (Bäder und ÖPNV) oder gar nicht mehr in andere Bereiche (z. B. Kultur) übertragen werden *dürfen*. Kommunale Aufgaben müssen dadurch überall kostendeckend arbeiten, sodass zuvor «subventionierte» Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht mehr, wie vorher, direkt finanzierbar sind.

Es gibt aber natürlich auch andere Aspekte, wie die EU die Kommunalpolitik mitbestimmt: die **Förder- und Regionalpolitik**. Dies betrifft die Investitionen durch EU-eigene Förderprogramme (z. B. EFRE, ESF, ELER, EMFF, siehe dazu die Begriffserläuterungen in der AG 3). Das bleibt natürlich nicht ohne Auswirkungen auf die Wirtschaftstätigkeit in den Kommunen. Die strukturpolitischen Zielsetzungen der EU-Förderprogramme beeinflussen die kommunale Eigenverantwortung und die kommunalen Finanzspielräume.

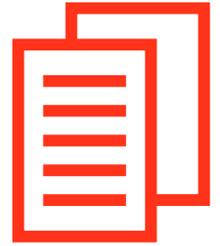
Besonders folgenreich ist aber, dass die EU in Verhandlungen auch im Namen der Kommunen spricht. Davon wissen die meisten Kommunen aber kaum etwas bzw. erfahren es meist zu spät. Denn auch wenn Rechtsakte verhandelt werden, die unmittelbare kommunalpolitische Auswirkungen haben, haben die Kommunen nur ein unbedeutendes Mitspracherecht – etwa bei den großen Freihandelsabkommen, die die EU gerade verhandelt. Und obwohl die Kommunen ungenügend vertreten sind, haben sie die Pflicht, diese durch die EU getroffenen Regelungen umzusetzen. Das betrifft ganz alltägliche Dinge – etwa den freien Zugang aller Unternehmen zu Märkten mit «besonderen» Gütern (Daseinsvorsorge: z. B. Wasser).

### **Welchen Handlungsspielraum haben die Kommunen?**

Das Verhältnis zwischen EU und Kommune ist ein komplexes. Die Kommunen sind nur unzureichend über ein eigenes Organ in der EU vertreten, denn im Ausschuss der Regionen haben sie nur ein Anhörungsrecht im Gesetzgebungsprozess. Das heißt, dass die Kommunen keine großen formalen Einflussmöglichkeiten auf EU-Entscheidungen haben. Die fehlende formelle Vertretung und Mitsprache der Kommunen hat ganz praktische Konsequenzen: Die Kommunen organisieren sich in der EU vor allem durch eine informelle Mitwirkung an EU-Entscheidungsprozessen, gründen also ihre eigenen Lobbyorganisationen. Darüber hinaus versuchen die Kommunen, ihre Interessen auf indirektem Wege über die Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten wieder in das politische System der EU einzuspeisen. Entscheidend ist aber die besondere Fixierung der EU auf eine marktformende und marktfördernde Politik, die auf der Ebene der Kommunen zu einer weitreichenden Liberalisierung bzw. Privatisierung von öffentlich geschützten («besonderen») Gütern und öffentlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge zur Folge hat. Der Artikel 4, Absatz 4 des Vertrags über die Europäische Union garantiert zwar die Selbstverwaltung der Kommunen. Die Privatisierungspolitik von EU (und ihrer Mitgliedstaaten) höhlt diese Garantie aber aus, indem zentrale Aufgaben der Daseinsvorsorge (Wasser, Müll, Energie) als «normale» Waren und Dienstleistungen umdefiniert und in den Binnenmarkt integriert werden. Dadurch werden diese Waren und Dienstleistungen der Selbstverwaltung der Kommunen teilweise oder gänzlich entzogen.

## Arbeitsblatt AG 1

### EU-SKEPTIZISMUS



Bitte lest die angegebenen Texte (pro Person ein Text) und diskutiert in der Arbeitsgruppe über die unten genannten Fragen. Anschließend sollen die AG-Ergebnisse auf Flipchart-Papier festgehalten und den anderen Teilnehmer\*innen präsentiert werden.

**Hinweis:** Sollten weniger als sechs Teilnehmer\*innen in der Gruppe sein, kann der Text: «Wachsender Euroskeptizismus – Anatomie eines Phänomens» weggelassen werden.

- (1) Bundeszentrale für politische Bildung: Euroskepsis? Die EU und der Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger, Webseite, unter: [www.bpb.de/apuz/59766/euroskepsis-die-eu-und-der-vertrauensverlust-der-buergerinnen-und-buerger?p=all](http://www.bpb.de/apuz/59766/euroskepsis-die-eu-und-der-vertrauensverlust-der-buergerinnen-und-buerger?p=all)
- (2) Ketelhut, Jörn/Kretschmer, Angelika/Lewandowsky, Marcel/Roger, Léa: Facetten des deutschen Euroskeptizismus. Eine qualitative Analyse der deutschen Wahlprogramme zur Europawahl 2014, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/2015, Punkte 3 und 4, unter: [www.researchgate.net/publication/302985950\\_Facetten\\_des\\_deutschen\\_Euroskeptizismus\\_Eine\\_qualitative\\_Analyse\\_der\\_deutschen\\_Wahlprogramme\\_zur\\_Europawahl\\_2014](http://www.researchgate.net/publication/302985950_Facetten_des_deutschen_Euroskeptizismus_Eine_qualitative_Analyse_der_deutschen_Wahlprogramme_zur_Europawahl_2014)
- (3) Oberkirch, Thomas/Schild, Joachim: Wachsender Euroskeptizismus – Anatomie eines Phänomens, Arbeitspapiere zur Europäischen Integration/Working Papers on European Integration, Universität Trier, Trier 2010, S. 8–9, unter: [www.eao-otzenhausen.de/fileadmin/user\\_upload/EAO/Content\\_Ueber\\_uns\\_Dokumente/Publikationen/Arbeitspapiere\\_Europaeische\\_Integration\\_6\\_10.pdf](http://www.eao-otzenhausen.de/fileadmin/user_upload/EAO/Content_Ueber_uns_Dokumente/Publikationen/Arbeitspapiere_Europaeische_Integration_6_10.pdf)
- (4) Schulz, Bettina: Brexit – Die Macht der lauten Lügen, in: Zeit Online, 17.6.2016, unter: [www.zeit.de/wirtschaft/2016-06/brexit-auswirkungen-pro-contra-david-cameron-george-osbourne](http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-06/brexit-auswirkungen-pro-contra-david-cameron-george-osbourne)
- (5) Lang, Kai-Olaf: Europa und die sog. «Migrationskrise» – Rückzug aus der Solidarität. Die Visegrád-Länder und ihre Reserviertheit in der Flüchtlingspolitik, in: SWP-Aktuell, 2015, unter: [www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A84\\_Ing.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A84_Ing.pdf)
- (6) Hamann, Julia: Ein Lösungsansatz zum Skeptizismus: «Das Volk» und «Die da oben», Misstrauen und Entfremdung in Europa, in: DGAP kompakt 17, 10.10.2016, unter: <https://dgap.org/de/article/getFullPDF/28532>

### STRATEGIEN GEGEN EU-SKEPTIZISMUS

Es gibt diverse Möglichkeiten, unterschiedlichen Formen von Euro-Skeptizismus kritisch zu begegnen. Die folgenden sind zwei der einfachsten um am häufigsten verwendeten Strategien:

#### (1) Wissen schlägt Polemik oder das Einmaleins der Argumentation

Die aufgeführten Beispiel-Argumente, egal, ob sie von Parteien oder von politischen Zusammenschlüssen vorgebracht werden, stützen sich auf sogenannte Tatsachenbehauptungen. Tatsachen müssen sich aber belegen lassen. Und Belege setzen Hintergrundwissen voraus.

Einfach gesagt: Wissen um die Funktionsweise und damit auch um die Abläufe in der Europäischen Union kann diese Tatsachenbehauptungen als das entlarven, was sie sind: Werturteile. Werturteile sind Meinungsäußerungen, die durch Tatsachen widerlegt bzw. richtiggestellt werden können.

Um diese Tatsachenbehauptungen richtigzustellen, sollte man ein Schema verwenden, das nicht nur die Analyse des Gesagten und/oder Gemeinten voraussetzt, sondern auch die Einbringung der Richtigstellung gewährleistet. Dazu ist die Form der freien Erörterung geeignet:<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> Vgl. Aufbau und Beispiel für die freie/dialektische Erörterung, unter: [www.pruefung-ratgeber.de/2013/01/dialektische-eror-terung-aufbau-und-beispiel/](http://www.pruefung-ratgeber.de/2013/01/dialektische-eror-terung-aufbau-und-beispiel/).

Zu Beginn solltest du dir Pro- und Kontra-Argumente zu der Fragestellung/dem Themenkomplex überlegen und diese nach ihrer Gewichtung ordnen. Dabei solltest du immer mit dem schwächsten beginnen. Anschließend musst du dich für die Position entscheiden, die du vertreten willst.

### I Einleitung

- (1) Einführung in die Fragestellung
- (2) Bedeutung der Problematik/des Themas klären und hervorheben: Warum ist das Thema wichtig? Gibt es aktuelle Anlässe, Zitate, Debatten in den Medien?
- (3) Deine eigene Erfahrung mit dem Thema (wenn vorhanden) erläutern: Wo hattest du bisher Kontakt zur Problemstellung?

### II Hauptteil Argumentation

Beginne mit der Position (pro oder kontra), die du nicht vertrittst, und beginne dabei mit dem stärksten Argument:

- (4) These der anderen Auffassung formulieren
- (5) Stärkstes Argument mit Begründung, Beleg und Beispiel/Erklärung aufführen
- (6) Alle weiteren Argumente bis hin zum letzten, schwächsten Argument mit Beleg und Beispiel/Erklärung anführen

Nun bringst du die Argumente deiner Position, diesmal beginnst du mit dem schwächsten, das stärkste kommt zum Schluss:

- (7) Deine Haltung (These) zum Thema deutlich darstellen
- (8) Dein erstes Argument (schwächstes) mit Beleg und Beispiel/Erklärung
- (9) Alle weiteren Argumente nennen und belegen, bringe dein stärkstes Argument als letztes

### III Schluss

- (10) Zusammenfassendes Fazit (Synthese/Widerlegung/Entkräftung): Dabei gehst du zuerst auf die «gegnerischen» Argumente ein und begründest, warum die «gegnerische» Position nicht haltbar ist (Fakten) oder den Kern des Problems nicht treffen.
- (11) Appell: Du hebst die Bedeutung der Problemstellung hervor: Wenn sich daran nichts ändert, ...
- (12) Ausblick: Wie wird sich das Problem verschärfen? Welche Konsequenzen sind zu erwarten, wenn sich nichts ändert?
- (13) Lösungsansätze vorschlagen: Wie kann man das Problem lösen? Die Entwicklung stoppen oder in eine andere Richtung lenken (Gesetze, Maßnahmen)?
- (14) Die Durchführbarkeit der Lösungsvorschläge diskutieren: Wo wird es vielleicht Probleme bei der Umsetzung geben?

Diese ist ein Musteraufbau, und natürlich hat man nicht immer Zeit, ihm in jedem Schritt zu folgen. Er liefert aber eine hilfreiche Orientierung.

### (2) Einbringen der europäischen Grundideen bei fehlendem Hintergrundwissen

Basieren die EU-skeptischen Argumente nicht auf Fakten, sondern auf einer Grundeinstellung gegenüber Europa und der EU, kann ihnen mit dem Schuman-Plan begegnet werden: Er versammelt die Grundintentionen bzw. die Gründungsgedanken der EU. Diese zu verinnerlichen bedeutet keine grö-

ßere Anstrengung. Hinzu kommen die linken Grundforderungen, die immer auf eine Kernforderung hinauslaufen: die Reformation der EU zu einer realen Sozialunion.

## **GEGENARGUMENTE ZU EU-SKEPTISCHEN AUSSAGEN**

Nachfolgend finden sich sogenannte Musterlösungen, in denen beispielhaft Gegenargumente aufgeführt werden, die in das oben aufgeführte Argumentationsschema eingefügt werden können. Die Musterbeispiele setzen sich mit folgenden Begriffen/Themen auseinander:

- Zentralismus der EU
- Gleichmacherei der EU
- Harmonisierung durch die EU

### **Beispielargument für EU-Skepsis in Parteien oder politischen Zusammenschlüssen:**

*«Um Europa wieder eine gedeihliche Zukunft zu geben, tritt die AfD für eine Europäische Union ein, die auf Subsidiarität statt auf Zentralismus und auf Wettbewerb statt Gleichmacherei und Harmonisierung setzt.»*

- Gegen den Zentralismus steht die Multi-Level-Governance: Entscheidungen sollen auf allen Ebenen in der gesamten EU getroffen werden. Das Mitspracherecht soll überall gewährleistet und gehört werden.
- Gegen die sogenannte Gleichmacherei wird die reine Idee des Binnenmarkts in Feld geführt: Die AfD will wirtschaftlichen Aufschwung mit «funktionierenden» Märkten. Ein Binnenmarkt könne nur dann funktionieren, wenn dieser frei von «Hemmnissen» sei.
- Harmonisierung (siehe Beispiel Binnenmarkt und Arbeitnehmerfreizügigkeit): Das Argument der AfD zielt auf Abschottung. Abschottung hat aber eine Isolation Deutschlands, eine Schwächung der Konjunktur und des Exportes und damit einen wirtschaftlichen Niedergang zur Folge. Somit widerspricht die AfD ihrem eigenen Wahlprogramm.

### **EU-Skepsis in alltäglichen Situationen:**

*«Brüssel reißt immer mehr Macht an sich und ist ein unkontrollierbarer Moloch.»*

- Die Europäische Union kann grundsätzlich nur dann tätig werden kann, wenn sie von allen Mitgliedstaaten ausdrücklich vertraglich dazu ermächtigt wurde (Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung).
- Gemeinschaft kann allein tätig werden: z. B. Agrarpolitik, Zoll- und Handelspolitik, Wettbewerbspolitik, Währungspolitik
- Regierungen und Gemeinschaft zusammen zuständig: z. B. Verbraucherschutz, Umweltpolitik
- Mitgliedstaaten allein zuständig, das heißt, sie arbeiten auf Regierungsebene zusammen: Außenpolitik, Teile der Justiz- und Innenpolitik
- Die Aufgabenverteilung in der Europäischen Union ist im Vertrag von Maastricht festgeschrieben
- Außerdem gilt das Grundprinzip der Subsidiarität: Die Europäische Gemeinschaft darf nur dann gesetzgeberisch tätig werden, wenn die angestrebten Ziele von den Mitgliedstaaten (sei es auf nationaler oder sogar regionaler Ebene) allein nicht ausreichend erfüllt werden können.
- Außerdem: Alle europäischen Gesetze werden nach einem genau festgelegten Verfahren beschlossen, an dem Deutschland immer beteiligt ist. Entscheidet der EU-Rat allein, sitzen die jeweiligen deutschen Fachminister\*innen mit am Tisch. In der Mehrheit der Fälle ist das Parlament auch beteiligt, dann sind zusätzlich 99 deutsche Abgeordnete involviert.

- Mit dem Vertrag von Lissabon erhalten die nationalen Parlamente zusätzliche Kontrollrechte (Verstoß gegen Subsidiaritätsprinzip kann gerügt, Gesetzesprojekte können ggf. gestoppt werden); Bürger\*innen erhalten mit dem Europäischen Volksbegehren die Möglichkeit, Gesetzgebungsvorschläge anzustoßen (mit einer Million Unterschriften aus einer erheblichen Zahl von Mitgliedstaaten kann die EU-Kommission aufgefordert werden, einen Gesetzesvorschlag vorzulegen).

«In Brüssel arbeitet ein aufgeblähter Beamtenapparat.»

- Parlament im Jahr 2008: ca. 6.000 Beschäftigte (Beamt\*innen und Angestellte)
- Kommission im Jahr 2008: 24.607 Beschäftigte
- Alle Institutionen im Jahr 2008: 39.489 Beschäftigte: Rat, Europäisches Parlament, Kommission, Gerichtshof, Rechnungshof, Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, Ausschuss der Regionen
- Die Stadtverwaltung Köln allein beschäftigt 15.000, das Land Nordrhein-Westfalen 910.000 Menschen im öffentlichen Dienst
- 2009 betrug das Budget für die Verwaltung der EU 7,7 Prozent des Jahresbudgets, aus dem Budget werden nicht nur die Gehälter, sondern auch Dienstbezüge, Ruhegehälter, Gebäude- und Infrastrukturausgaben, Kosten für Informationstechnologien und Sicherheitsmaßnahmen gezahlt.
- Hoch qualifizierte Beamte und hohe Anforderungen: mehrere Sprachen, häufige Ortswechsel; Steuern, die sie zahlen, fließen in den EU-Haushalt
- Der Großteil des EU-Haushalts – circa 90 Prozent – fließt nicht in die Verwaltung, sondern fließt in Form von Förderungen an die Mitgliedstaaten zurück.

#### Euroskeptizismus in den Medien:

«Neuer EU-Wahnsinn: Bald kommt das Kuchen-Gesetz?»

- Antwort der EU-Kommission zum Kuchen-Gesetz per Facebook: Das ist – mal wieder – Quatsch. Neue Regeln zur Kennzeichnung von Lebensmitteln gibt es zwar ab Dezember – aber die gelten explizit nur für Unternehmen und eben NICHT für Privatpersonen oder z. B. den Kuchenverkauf bei Wohltätigkeitsveranstaltungen.

#### Fragen

- » Wie lautet eure Definition des Begriffs EU-Skeptizismus?
- » Welche politischen und gesellschaftlichen Faktoren sind, eurer Meinung nach, ursächlich für EU-skeptische Einstellungen? (Bitte nennt mindestens drei Ursachen.)
- » Welche EU-skeptischen Einstellungen/Aussagen existieren in eurem Umfeld/eurer Kommune?
- » Wie lautet eure eigene Meinung zur Europäischen Union, welche Kritik übt ihr?
- » Welche Eigenschaften müsste die Europäische Union, eurer Meinung nach, aufweisen, um EU-Skeptizismus wirksam begegnen zu können?
- » Bitte fasst zu jeder Frage eure Antworten stichpunktartig und knapp zusammen und formuliert zur letzten Frage mindestens drei Forderungen.

## Arbeitsblatt AG 2

### EU-FREIHANDELSABKOMMEN



Bitte lest die angegebenen Texte und erarbeitet in der Arbeitsgruppe Antworten zu den unten genannten Fragen. Anschließend sollen die AG-Ergebnisse auf Flipchart-Papier festgehalten und den anderen Teilnehmer\*innen präsentiert werden.

- Informationen zu TTIP unter: [www.ttip-unfairhandelbar.de/start/das-abkommen/](http://www.ttip-unfairhandelbar.de/start/das-abkommen/)
- Informationen zu CETA unter: [www.umweltinstitut.org/fragen-und-antworten/freihandelsabkommen/das-euro-kanadische-abkommen-ceta.html](http://www.umweltinstitut.org/fragen-und-antworten/freihandelsabkommen/das-euro-kanadische-abkommen-ceta.html)
- Informationen zu TiSA unter: [www.greenpeace.de/was-ist-tisa](http://www.greenpeace.de/was-ist-tisa)
- Informationen zu JEFTA (Freihandelsabkommen mit Japan) unter: [www.umweltinstitut.org/themen/verbraucherschutz-handel/freihandelsabkommen/hintergrundinformationen/jefta-das-abkommen-mit-japan.html](http://www.umweltinstitut.org/themen/verbraucherschutz-handel/freihandelsabkommen/hintergrundinformationen/jefta-das-abkommen-mit-japan.html)
- Mögliche Auswirkungen auf die Kommunen:
  - Michels, Martina: Öffentliche Daseinsvorsorge ist das Rückgrat unserer Demokratie, Blogbeitrag, 23.4.2015, unter: <http://martina-michels.de/ttip-ceta/oeffentliche-daseinsvorsorge-ist-das-rueckgrat-unserer-demokratie/>
  - Campact Online: TTIP vor Ort, 2014, S. 6–8, unter: [https://blog.campact.de/wp-content/uploads/2014/09/Campact\\_TTIP\\_vor\\_Ort.pdf](https://blog.campact.de/wp-content/uploads/2014/09/Campact_TTIP_vor_Ort.pdf)
  - Campact Online: Ein Bürgermeister redet Tacheles zu TTIP und Ceta, 16.9.2014, unter: <https://blog.campact.de/2014/09/ein-oberbuegermeister-redet-tacheles-zu-ttip-und-ceta/>

### Fragen

- » Was sind die Hauptkritikpunkte an CETA?
- » Was sind die Hauptkritikpunkte an TiSA?
- » Was sind die Hauptkritikpunkte an TTIP?
- » Welche Auswirkungen könnten die oben genannten Freihandelsabkommen auf die Kommunen haben?
- » Welche Möglichkeiten des Widerstands innerhalb der Kommune sind aus den oben angegebenen Quellen ersichtlich?
- » Bitte fasst eure Antworten so knapp wie möglich zusammen und leitet eine Handlungsalternative für eure Kommune ab.

## Arbeitsblatt AG 3

### EU-FÖRDERPOLITIK

Bitte geht die Folien Schritt für Schritt durch und diskutiert/antwortet die unten genannten Fragen. Anschließend sollen die AG-Ergebnisse auf Flipchart-Papier festgehalten und den andern Teilnehmer\*innen präsentiert werden.



**Hinweis zur Durchführung:** Es empfiehlt sich, einen Laptop oder ein sonstiges internetfähiges, mobiles Endgerät zu benutzen, damit Präsentation und Erläuterungen gleichzeitig stattfinden können. Auch sind die weiterführenden Quellen so schneller einsehbar.

#### FOLIE 1

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

## EU-FÖRDERPOLITIK

**Von den Vorteilen über den Zugang zu EU-Förderungen, die Abrufbarkeit von Fördermitteln bis hin zu einer kritischen Bewertung der Fördermittel aus linker Sicht**

#### FOLIE 2

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

## VORTEILE DER EU-FÖRDERUNG: KONKRETE SOLIDARITÄT

- Nach wie vor gibt es große soziale und wirtschaftliche Unterschiede zwischen den Regionen in der EU.
- Seit den 1970er Jahren wurde die EU-Strukturpolitik als Ausdruck der Solidarität in Europa entwickelt.
- Wichtigste Fördertöpfe sind der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), der Europäische Sozialfonds (ESF), der Kohäsionsfonds (KF), der Europäische Landwirtschaftsfonds (ELER) und der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF).
- Alle Regionen können Fördermittel aus diesen Fonds beantragen.
- Die Strukturfonds beanspruchen rund ein Drittel des EU-Haushalts.

2

Viele Menschen in Deutschland haben bereits von europäischen Fördermitteln gehört, etwa über die Arbeit in politischen Organisationen, Vereinen, Verwaltungen oder Verbänden.

Es gibt nach wie vor große soziale und wirtschaftliche Unterschiede zwischen den Regionen in der EU. Seit den 1970er Jahren wurde deshalb die EU-Strukturpolitik als Ausdruck der Solidarität in Europa entwickelt. Trotz Krisen und Entwicklungsunterschieden kann sie ausgleichen und den Zusammenhalt der Regionen in der EU stärken. Wichtigste Fördertöpfe sind der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), der Europäische Sozialfonds (ESF), der Kohäsionsfonds (KF), der Europäische Landwirtschaftsfonds (ELER) und der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF).

Alle Regionen können Fördermittel aus diesen Fonds beantragen, wobei der größte Anteil für die ärmeren Gebiete vorgesehen ist. Jede Förderperiode dauert sieben Jahre. Dann werden EU-Haushaltsplanung, Förderkriterien, Schwerpunkte und Instrumente überprüft.

Die aktuelle Förderperiode läuft von 2014 bis 2020. Die Strukturfonds beanspruchen rund ein Drittel des EU-Haushalts. In Deutschland legen vor allem Landesregierungen fest, wofür EU-Gelder beantragt werden. Immerhin müssen sie auch einen Anteil beisteuern. In den Übergangsregionen, zu denen die ostdeutschen Bundesländer gehören, beträgt die Kofinanzierung durch die EU maximal 60 Prozent der Projektkosten. Also kommen mindestens 40 Prozent vom Bund, vom Land oder der Kommune oder von den Projektträgern selbst. In den am stärksten entwickelten Regionen übernimmt die EU maximal 50 Prozent, in den strukturschwächsten Regionen bis zu 85 Prozent der Projektkosten. 2014 erhielt Deutschland 3,538 Milliarden Euro aus den EU-Fonds für Regionalpolitik, 6,15 Milliarden Euro für die Landwirtschaft und 1,13 Milliarden Euro für Forschungs- und Entwicklungsprojekte.

## FOLIE 3

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

### WAS HAT EU-FÖRDERPOLITIK MIT KOMMUNALPOLITIK ZU TUN? - I

- Die aktuelle EU-Förderperiode 2014-2020 bietet den Akteuren umfassende Möglichkeiten, Projekte und Aktionen auf der kommunalen Ebene zu initiieren und durchzuführen.
- Die Unterstützung kann in Form von Maßnahmen wie Aufbau von Handlungskompetenz, Finanzierung von Programmen für menschenwürdige Arbeit, soziale Einbindung und die Bekämpfung von Diskriminierung, die Gründung örtlicher Initiativen für nachhaltige Entwicklung oder Investitionen in örtliche Infrastrukturen erfolgen.
- Fonds bieten Unterstützung für Land- und Küstengemeinden bei der Bewältigung von wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Problemen.

3

## FOLIE 4

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

### WAS HAT EU-FÖRDERPOLITIK MIT KOMMUNALPOLITIK ZU TUN? - II

- Behörden können durch Förderung Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut, für soziale Einbindung und für Beratungsdienstleistungen für Landwirte, Fischer und Unternehmen in der Region durchführen.
- Europäische Städte können finanzielle Unterstützung erhalten, damit sie soziale, wirtschaftliche, ökologische, demografische und klimatische Herausforderungen bewältigen.
- Die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) bietet Unterstützung für die Zusammenarbeit der Gemeinden.
- Der Europäische Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen bietet Unterstützung bei der Durchführung lokaler und regionaler Förderprogramme.

4

## FOLIE 5

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

### WAS HAT EU-FÖRDERPOLITIK MIT KOMMUNALPOLITIK ZU TUN? - III

- Das Programm «Europa für Bürgerinnen und Bürger» unterstützt Städtepartnerschaften und Städtnetzwerke.
- Das Programm «Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft» bietet lokalen und regionalen öffentlichen Akteuren die Möglichkeit, sich an Netzwerkaktivitäten auf europäischer Ebene zu beteiligen.
- Die kommunalen Akteure können außerdem Fortbildungsangebote wahrnehmen, dazu gehören auch die Möglichkeit, Erfahrungen im Partnerland zu sammeln, oder Schulungsveranstaltungen für Ausbilder (Train-the-Trainer).

5

Besonders wichtig aus linker Sicht sind EU-Programme, die direkt mit Themen wie Asyl, Demokratie, Menschenrechte und soziale Rechte in Verbindung stehen.

Die EU ist sich bewusst, dass Interessengruppen auf der lokalen und regionalen Ebene wichtige Akteure des Wandels sind. Die aktuelle EU-Förderperiode 2014-2020 bietet den Akteuren umfassende Möglichkeiten, Projekte und Aktionen auf der kommunalen Ebene zu initiieren und durchzuführen. Die Unterstützung kann in Form von Maßnahmen wie Aufbau von Handlungskompetenz, Finanzierung von Programmen für menschenwürdige Arbeit, soziale Einbindung und die Bekämpfung von Diskriminierung, die Gründung örtlicher Initiativen für nachhaltige Entwicklung oder Investitionen in örtliche Infrastrukturen erfolgen.

Alle Fonds zeichnen sich durch einen gemeinsamen Katalog von Grundsätzen für ihre Durchführung (Allgemeine Verordnung) aus; ihr Handlungsspielraum in jeder Region (und in jedem Mitgliedstaat) wird in Operationellen Programmen spezifiziert. Ein primäres Ziel des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) sind die Förderung eines nachhaltigen Wachstums sowie die Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts. Der Fonds bietet Fördermittel für ein breites Themenspektrum, z. B. Investitionen in lokale Infrastruktur oder Entwicklung von Strategien im Bereich einer nachhaltigen städtischen Entwicklung.

Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF) bieten Unterstützung für Land- und Küstengemeinden bei der Bewältigung von wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Problemen. Behörden kommen als Empfänger von ELER- und EMFF-Investitionen infrage und können damit Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut, für soziale Einbindung und für Beratungsdienstleistungen für landwirtschaftliche, Fischerei- und andere Unternehmen in der Region durchführen.

Der Europäische Sozialfonds (ESF) fördert die Modernisierung öffentlicher Dienste und die Stärkung der institutionellen Kapazitäten. Darüber hinaus finanziert er Projekte für den gleichberechtigten Zugang zu Bildung und unterstützt die Tätigkeit der Arbeitsverwaltung und den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

Der → CLLD-Mechanismus eröffnet Kommunalpolitiker\*innen in Land- und Küstengemeinden sowie in städtischen Gemeinden die Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit mit lokalen Interessengruppen. Das Instrument bietet Unterstützung für die Entwicklung umfassender Bottom-up-Strategien für die lokale Entwicklung und stellt finanzielle Unterstützung für die Umsetzung geplanter Projekte zur Verfügung.

Der Bereich der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit bietet Unterstützung für die Zusammenarbeit der Gemeinden. Daraus ergeben sich Möglichkeiten für den Austausch bewährter Verfahren und für die Entwicklung von Initiativen in unterschiedlichen Bereichen, z. B. Kultur, nachhaltiger Fremdenverkehr oder nachhaltige urbane Entwicklung.

Der Europäische Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen (EHAB) bietet Unterstützung für die Durchführung lokaler und regionaler Förderprogramme. Dies beinhaltet die Lebensmittelversorgung der am stärksten von Armut betroffenen Personen sowie die Versorgung von Obdachlosen und materiell benachteiligten Kindern mit Kleidung und anderen lebenswichtigen Gütern. Diese Unterstützung kann auch weitere begleitende Maßnahmen umfassen, z. B. Aktivitäten für die soziale Einbindung oder Aktionen für eine effizientere Nutzung örtlicher Lebensmittelversorgungsketten.

Das Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger unterstützt Städtepartnerschaften und Städtetzwerke, um das demokratische Engagement und die Bürgerbeteiligung an den politischen Entscheidungen der EU zu verbessern.

Das Programm Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft bietet lokalen und regionalen öffentlichen Akteuren die Möglichkeit, sich an Netzwerkaktivitäten auf europäischer Ebene zu beteiligen. Involviert sind Stellen, die sich auf EU-Bürgerrechte, Geschlechtergleichstellung und Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierungen spezialisiert haben.

Die kommunalen Akteure können außerdem Fortbildungsangebote wahrnehmen, dazu gehören auch die Möglichkeit, Erfahrungen im Partnerland zu sammeln, oder Schulungsveranstaltungen für Ausbilder (Train-the-Trainer). Dies gilt ebenso für das Justizprogramm im Bereich Opferrechte und Drogenprävention sowie für Informationsprogramme.

Der Asyl- und Migrationsfonds (AMIF) unterstützt Kommunal- und Regionalbehörden bei der Integration von Migrant\*innen unterschiedlicher Herkunft.

## FOLIE 6

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

### WIE ERHALTE ICH ZUGANG ZUR EU-FÖRDERUNG?

- Für einen Projektantrag müssen viele Daten und Informationen erfasst werden.
- Diverse Online-Tools helfen, die Suche in dem Dschungel einfacher zu gestalten:
  - Europeanisation – Organisational Maturity Assessment Tool for the Europeanisation of Educational Institutions – unter: <http://eu-fundraising.eu>
  - EU-Fördermittel Informationsplattform – unter: [www.eu-foerdermittel.eu](http://www.eu-foerdermittel.eu)

6

Sobald die Suche im Internet nach einer passenden Förderung für ein Projekt begonnen hat, stößt man auf zahlreiche Aufrufe. Man beginnt, sich mit den konkreten Anforderungen des jeweiligen Programms bzw. Fonds auseinanderzusetzen.

Für einen Projektantrag müssen viele Daten und Informationen zusammengetragen werden. An diesem Punkt scheitern bereits viele Vorhaben: Es fehlen Ressourcen wie Zeit, Personal oder passende Partner und notwendige operationelle, technische und finanzielle Kompetenzen und Kapazitäten, um die Fördermöglichkeit für sich nutzbar zu machen.

Hierfür wurden diverse Online-Tools entwickelt, um die Suche in diesem Dschungel einfacher zu gestalten. An dieser Stelle werden zwei Tools empfohlen:

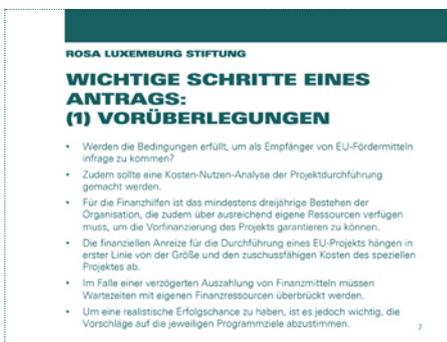
- «Europeanisation – Organisational Maturity Assessment Tool for the Europeanisation of Educational Institutions» ([eu-fundraising.eu](http://eu-fundraising.eu)). Mit diesem Selbstanalyse-Instrument kann der eigene Entwicklungsstand hinsichtlich der europäischen Arbeit überprüft werden.

Das Selbstanalyse-Instrument beinhaltet drei wesentliche Informationsbausteine für Organisationen:

- einen Überblick, welche Themen der Organisationsentwicklung in einem Europäisierungsprozess relevant sind,
- wo die Organisation in diesem Prozess aktuell steht und
- darauf basierend individuelle Handlungsempfehlungen.
- Sehr empfehlenswert ist auch die von der Linksfraktion im Europaparlament erstellte Seite: [www.eu-foerdermittel.eu](http://www.eu-foerdermittel.eu)

Neben der Selbstanalyse gibt es auf diesen Plattformen zudem viele Informationen zu den Chancen und Herausforderung und auch Tipps für eine erfolgreiche Europäisierung.

## FOLIE 7



Zu den ersten Überlegungen, ob ein Antrag gestellt werden soll, gehört die Frage, ob die Bedingungen erfüllt werden, um als Empfänger von EU-Fördermitteln infrage zu kommen. Zudem sollte eine Kosten-Nutzen-Analyse der Projektdurchführung gemacht werden.

Zu den allgemeinen Vorbedingungen für die Durchführung eines EU-Projekts gehören im Allgemeinen ausreichendes Expertenwissen in dem vorgesehenen Interventionsbereich sowie finanzielle Unabhängigkeit.

Die Projektauforderung enthält zudem Angaben zur finanziellen und inhaltlichen Leistungsfähigkeit der potenziellen Empfänger. Eine weitere Voraussetzung für die Finanzhilfen ist das mindestens dreijährige Bestehen der Organisation, die zudem über ausreichend eigene Ressourcen verfügen muss, um die Vorfinanzierung des Projekts garantieren zu können. Die Gründung einer Organisation, nur um die Durchführung eines EU-Projekts erreichen zu können, ist also nicht möglich!

Die finanziellen Anreize für die Durchführung eines EU-Projekts hängen in erster Linie von der Größe und den zuschussfähigen Kosten des speziellen Projekts ab – je größer das Projekt und je länger seine Laufzeit ist, umso höher sind die zuschussfähigen Personal- und Materialkosten.

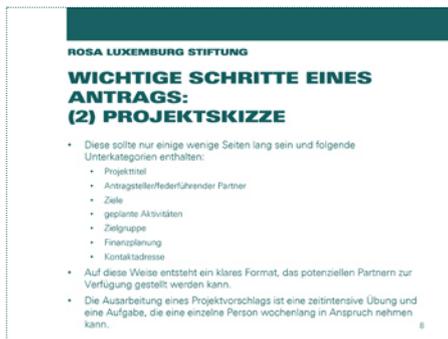
Zwar sind EU-Projekte bei vielen Organisationen recht beliebt, trotzdem sollten dabei nicht die beträchtlichen Verwaltungskosten aus den Augen verloren werden, die oft zusätzliche Personalkosten nach sich ziehen. Darüber hinaus muss die Organisation im Falle einer verzögerten Auszahlung von Finanzmitteln in der Lage sein, Wartezeiten mit eigenen Finanzressourcen zu überbrücken.

Ein weiterer wichtiger und oft unterschätzter Aspekt bei der Planung eines Projektvorschlags ist die Auswahl des richtigen Programms. Einige EU-Fonds befassen sich mit vergleichbaren Themenfeldern, die unterstützten Aktivitäten überschneiden sich. Es ist deshalb wichtig, sich vor der Ausarbeitung eines Projektvorschlags darüber im Klaren zu werden, ob das Förderinstrument eher für Aktionen in einem regionalen/nationalen Kontext infrage kommt oder ob es in erster Linie einen europäischen Mehrwert erreichen will.

Im Prinzip kann eine Projektidee für die Ausarbeitung von zwei unterschiedlichen Vorschlägen verwendet werden. Um eine realistische Erfolgchance zu haben, ist es jedoch wichtig, die Vorschläge auf die jeweiligen Programmziele abzustimmen. Ein genereller Leitfaden für die Programmauswahl ist das Spezialisierungsprinzip – das heißt, dass Programme Priorität haben sollten, die ein Thema in besonders spezifischer Weise ansprechen.

Bestimmte Programme – im Normalfall diejenigen, die direkt von der Europäischen Kommission verwaltet werden – erfordern die Mitwirkung einer europäischen Partnerorganisation. Allerdings ist es oft nicht einfach, einen zuverlässigen und kompetenten Partner zu finden.

## FOLIE 8



Der zweite Schritt bei der Entwicklung eines EU-Projekts ist die Erstellung einer Projektskizze. Diese sollte nur einige wenige Seiten lang sein und folgende Angaben enthalten: Projektziel, Antragsteller/Antraggeber/Partner, Ziele, geplante Aktivitäten, Zielgruppe, Finanzplanung und Kontaktadresse.

Diese Projektskizze trägt dazu bei, eine erste Idee präziser zu formulieren. Auf diese Weise entsteht ein klares Format, das potenziellen Partnern zur Verfügung gestellt werden kann. Es ist ebenfalls eine nützliche Vorlage für den Fall, dass Beratung und Hilfe bei entsprechenden Anlaufstellen gesucht werden.

Der Projektvorschlag selbst sollte erst nach der Veröffentlichung einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen und nach einem gründlichen Studium der Teilnahmebedingungen und des Themenschwerpunkts der Aufforderung verfasst werden.

Die Ausarbeitung eines Projektvorschlags ist eine zeitintensive Aufgabe, die eine einzelne Person wochenlang in Anspruch nehmen kann. Deshalb sollte mit der Arbeit am Vorschlag rechtzeitig begonnen werden oder in Betracht gezogen werden, diese Arbeit auf ein Team von Mitarbeiter\*innen aufzuteilen.

Natürlich kann das Antragsformular unterschiedlich gestaltet sein, es werden aber grundsätzlich ähnliche Informationen abgefragt. Alle Fragen auf dem Formular müssen beantwortet werden.

Die meisten EU-Programme benutzen die sogenannte eForm, ein elektronisches Online-Antragsformular, das die früher üblichen schriftlichen Anträge ersetzt.

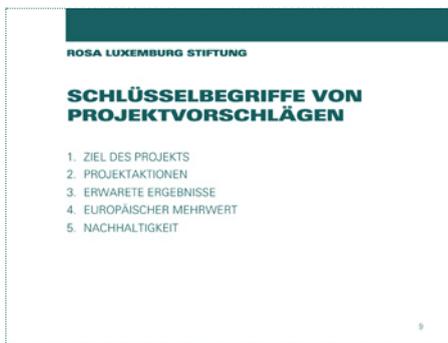
Die wichtigsten Elemente eines Projektvorschlags sind die Projektziele, die Beschreibung der auszuführenden Aktionen und die erwarteten Ergebnisse dieser Aktionen.

Bitte beachten: Die Beschreibung von Aktionen, die nicht in den Förderbereich des Programms fallen, zu wenige Aktionen oder Aktionen mit zu wenig Innovationspotenzial können zu einer Ablehnung des Antrags führen!

Weitere Elemente mit hoher Bedeutung sind der Haushalt und der Arbeitsplan, in denen die Aktionen und die erwarteten Ergebnisse umfassend dargestellt werden sollten.

Aus diesen Gründen ist es wichtig, die Schlüsselbegriffe von Projektvorschlägen zu verstehen:

## FOLIE 9



- **ZIEL DES PROJEKTS:** Benennung zahlenmäßiger Vorgaben, deren Einhaltung ein Kriterium für die erfolgreiche Durchführung eines Projekts ist. Die Zielvorgaben sollten Informationen über die gelieferte Qualität in Bezug auf den geplanten Zeitrahmen und Haushaltsplan beinhalten.
- **PROJEKTAKTIONEN:** Spezifische Maßnahmen, die im Laufe des Projekts durchgeführt werden, z. B. Workshops, die Publikation eines Buchs oder die Entwicklung eines neuen Lehrplans für ein Bildungsprojekt. Dies sind die zentralen Elemente eines Vorschlags.
- **ERWARTETE ERGEBNISSE:** Ergebnisse der Projektaktionen. Sie können materieller (Straßenbau, Erstellung von Bildungsunterlagen, Organisation einer Konferenz) oder immaterieller Natur sein (Managementfähigkeiten, Erfahrungsaustausch, Sensibilisierung).
- **EUROPÄISCHER MEHRWERT:** Von diesem kann dann die Rede sein, wenn ein Projekt mit transnationalem Charakter für so viele Regionen wie möglich einen sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen oder anders gearteten Vorteil bietet. Zu diesem Zweck sind die Verbreitung und Kommunikation der Projektergebnisse und bewährter Verfahren wichtig.
- **NACHHALTIGKEIT:** Nachhaltigkeit ist ein wichtiger Wert der EU-Finanzhilfen und soll sicherstellen, dass Projektergebnisse auch nach dem Ende des Projekts und ohne weitere Finanzhilfen wirksam bleiben.

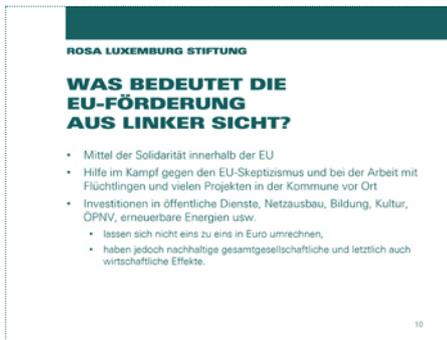
**TIPP:** Die Internetseite, die sich mit den EU-Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen befasst, heißt Tenders Electronic Daily (TED) => [www.ted.europa.eu/TED/misc/chooseLanguage.do](http://www.ted.europa.eu/TED/misc/chooseLanguage.do)

Diese Seite bietet Informationen über alle öffentlichen Aufträge der EU und wird täglich mit Bekanntmachungen über öffentliche Aufträge in der Europäischen Union aktualisiert. Die Auftragsbekanntmachungen können nach Land, Region und Wirtschaftssektor sortiert werden.

Logik und Aufbau bei Projektanträgen sind vergleichbar und unterscheiden sich eher nach der Art des Projekts:

- Mobilität, Austausch (Beantragung von Pauschalen/Stückkosten für Reisen),
- Aufbau von Partnerschaften (Beantragung von Pauschalen/Stückkosten für Reisen),
- Entwicklung von europäischen Bildungs-, Wissenschafts-, Medien-, Kulturprodukten in transnationalen Projektpartnerschaften (Beantragung von Stückkosten sowie Realkosten im Projektbudget),
- Aufbau von europäischen thematischen Netzwerken (Beantragung von Stückkosten sowie Realkosten im Projektbudget).

## FOLIE 10



Zunächst ist die EU-Förderung ein Mittel der Solidarität innerhalb der EU. Politisch sinnvoll sind die EU-Fördermittel auch bei der Hilfe im Kampf gegen den EU-Skeptizismus und bei der Arbeit mit Flüchtlingen und vielen Projekten in der Kommune vor Ort.

Wenn EU-Fördermittel genutzt werden, dürfen sie nicht marktwirtschaftlichen Kriterien unterworfen werden. Investitionen in öffentliche Dienste, Netzausbau, Bildung, Kultur, ÖPNV und erneuerbare Energien usw. lassen sich nicht eins zu eins in Euro umrechnen, haben jedoch nachhaltige gesamtgesellschaftliche und letztlich auch wirtschaftliche Effekte.

Vor allem aber werden hierdurch kulturelle Austauschprogramme gefördert und Kulturprojekte finanziell unterstützt. Dies ist aus linker Sicht sinnvoll, da insbesondere Bildungsprojekte, die durch EU-Mittel gefördert werden, innovative Projekte voranbringen können.

Dadurch kann ein progressives Europa gestaltet werden. Europa soll schließlich linker werden. Durch die EU-Fördermittel kann dieser Aufbruch nach links finanziell unteretzt werden! Mithilfe diverser Tools kann der Informationsdschungel im EU-Wirrwarr durchbrochen werden.

### Weiterführende Quellen:

[www.eu-fundraising.eu/en/projects-2/europeanisation/](http://www.eu-fundraising.eu/en/projects-2/europeanisation/)

[www.eu-foerdermittel.eu/](http://www.eu-foerdermittel.eu/)

[www.cor.europa.eu/de/Pages/home.aspx](http://www.cor.europa.eu/de/Pages/home.aspx)

[www.ec.europa.eu/eip/smartcities](http://www.ec.europa.eu/eip/smartcities)

[www.ec.europa.eu/budget/fts/index\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/budget/fts/index_en.htm)

[www.foerderdatenbank.de/](http://www.foerderdatenbank.de/)

[www.ted.europa.eu/TED/misc/chooseLanguage.do](http://www.ted.europa.eu/TED/misc/chooseLanguage.do)

[www.barbara-lochbihler.de/fileadmin/user\\_upload/pdf/2015/EU-Fördermittel\\_-\\_grüner\\_Wegweiser\\_2014\\_bis\\_2020.pdf](http://www.barbara-lochbihler.de/fileadmin/user_upload/pdf/2015/EU-Foerdermittel_-_grüner_Wegweiser_2014_bis_2020.pdf)

### Fragen

- » Welche Möglichkeiten der Inanspruchnahme von EU-Fördermitteln werden durch die Folien und die weiterführenden Informationen aufgezeigt? (Bitte mindestens drei Möglichkeiten benennen)
- » Welche Projekte/Vorhaben in eurer Umgebung/Kommune werden, eurer Kenntnis nach, durch EU-Fördermittel unterstützt?
- » Welche Projekte/Vorhaben in eurer Umgebung/Kommune sollten durch EU-Fördermittel unterstützt werden?
- » Habt ihr selbst Projektideen, die sich möglicherweise durch EU-Fördermittel unterstützen lassen?
- » Wie könnt ihr, in eurer Umgebung/Kommune, dazu beitragen, das erworbene Wissen über EU-Fördermittel weiterzuverbreiten?

Bitte fasst eure Diskussionsergebnisse/Antworten stichpunktartig für jede Frage zusammen.

# GLOSSAR

## 5-Sterne-Bewegung

«Der MoVimento 5 Stelle (M5S, deutsch: 5-Sterne-Bewegung) ist eine politische Partei in Italien. Entstanden ist sie aus einer Bürgerbewegung, die 2009 von dem bekannten Kabarettisten Beppe Grillo ins Leben gerufen wurde. Die fünf Sterne stehen für *Ambiente, Acqua, Sviluppo, Connettività, Trasporti* (Umwelt, Wasser, Entwicklung, Konnektivität und Verkehr). Auf europäischer Ebene ist die Partei Teil der EU-kritischen und rechtspopulistischen Fraktion EFDD, zu der auch die AfD-Politikerin Beatrix von Storch der deutschen AfD gehört.»<sup>8</sup>

## AfD

«Die Alternative für Deutschland (AfD) ist eine politische Partei in Deutschland. Sie wurde als Reaktion auf die Euro-Rettungspolitik am 6. Februar 2013 in Berlin gegründet. Bei der Europawahl 2014 gewann sie erstmals überregionale Mandate und zog ab 2014 in zehn Landesparlamente ein. [...] Politikwissenschaftler verorten die AfD seit 2014 im politischen Spektrum rechts von den Unionsparteien und bezeichnen sie überwiegend als rechtspopulistisch oder vom Rechtspopulismus beeinflusst. Der Führungswechsel der Partei im Juli 2015 wurde als Rechtsruck und Sieg des nationalkonservativen über den wirtschaftsliberalen Parteiflügel eingestuft. Verschiedene Wissenschaftler erkennen seither bei Teilen oder bestimmten Führungspersonen der AfD auch rechtsextreme beziehungsweise völkisch-nationalistische, so zum Beispiel antisemitische Tendenzen und Argumentationsmuster.»<sup>9</sup>

8 MoVimento 5 Stelle, in: Wikipedia, unter: [https://de.wikipedia.org/wiki/MoVimento\\_5\\_Stelle](https://de.wikipedia.org/wiki/MoVimento_5_Stelle).

9 AfD, in: Wikipedia, unter: [https://de.wikipedia.org/wiki/Alternative\\_für\\_Deutschland](https://de.wikipedia.org/wiki/Alternative_für_Deutschland).

## Brexit

«An exit (= act of leaving) by the United Kingdom from the European Union (short for British exit)».<sup>10</sup> Der Brexit bezeichnet das Verlassen bzw. den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union.

## CETA

«Das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen CETA [Comprehensive Economic and Trade Agreement] ist eine vor Kurzem zwischen der EU und Kanada ausgehandelte Übereinkunft.»<sup>11</sup>

## CLLD-Mechanismus

«Von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung (community-led local development).»<sup>12</sup>

## EGKS

«Die EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl: Montanunion) ist 1951 als supranationale Organisation von B, F, I, L, NL und der Bundesrepublik D gegründet worden.»<sup>13</sup>

## EU-Förderpolitik

«Zur Unterstützung ihrer Ziele und Aufgaben stellt die Europäische Union, im Rahmen vieler Programme, Fördermittel bereit.»<sup>14</sup>

10 Brexit, in: Cambridge Dictionary, unter: [www.dictionary.cambridge.org/de/worterbuch/englisch/brexit](http://www.dictionary.cambridge.org/de/worterbuch/englisch/brexit).

11 EU-Kommission: CETA, unter: [www.ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ceta/index\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ceta/index_de.htm).

12 Europäischer Struktur- und Investmentfonds: Leitfaden für lokale Akteure zur CLLD, 2014, unter: [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docgener/informat/2014/guidance\\_clld\\_local\\_actors\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/informat/2014/guidance_clld_local_actors_de.pdf).

13 EGKS, in: Bundeszentrale für politische Bildung, unter: [www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-europa/16734/europaeische-gemeinschaft-fuer-kohle-und-stahl-egks](http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-europa/16734/europaeische-gemeinschaft-fuer-kohle-und-stahl-egks).

14 [www.mbem.nrw.de/eu/foerderpolitik\\_der\\_eu/doorpage\\_foerderpolitik\\_der\\_eus](http://www.mbem.nrw.de/eu/foerderpolitik_der_eu/doorpage_foerderpolitik_der_eus).

## Eu-Skeptizismus/Euroskeptizismus/Euroskepsis/Europa-Skeptizismus

Allg. Definition: «Der Begriff EU-Skepsis oder EU-Kritik bezeichnet eine skeptische oder kritische, oft eine opponierende, negierende oder aversive Haltung gegenüber dem Prozess der europäischen Integration, gegenüber den Zielen der Europäischen Union oder gegenüber deren politischem System und seinen supranationalen Institutionen. Der Begriff selbst ist umstritten, da manche ihn als negativ wertend empfinden. EU-Skeptiker verwenden daher häufig andere Bezeichnungen, etwa Europarealismus. Im wissenschaftlichen Diskurs werden zur Bezeichnung EU-skeptischer Haltungen auch die Begriffe Alter-Europäismus und Euroskeptizismus verwendet, im Fall noch stärkerer grundsätzlicher Opposition auch Anti-Europäismus und Europhobie.»<sup>15</sup> In diesem Zusammenhang werden die Begriffe EU und Europa oft synonym gebraucht.

## Europäisierung

«E. bezeichnet in einem engeren Sinne den Prozess der Anpassung von Staaten an die Standards und Normen der EU und die damit einhergehenden Veränderungen und Reformen von nationalen Strukturen (z. B. Föderalismus, Parteiensystem, Wirtschaft), Politikfeldern und Verfahren.»<sup>16</sup>

## Eurozone

«Die E. [auch: Euroraum] ist die (inoffizielle) Bezeichnung für die 17 Staaten, die Mitglied in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sind und den Euro als gemeinsame Wäh-

15 EU-Skepsis, in: Wikipedia, unter: <https://de.wikipedia.org/wiki/EU-Skepsis>.

16 Europäisierung, in: Bundeszentrale für politische Bildung, unter: [www.bpb.de/nachschlagen/lexika/176945/europaeisierung](http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/176945/europaeisierung).



zung eingeführt haben (Stand: 2012).»<sup>17</sup>

### *Finanzkrise/Staatsschulden- und Wirtschaftskrise/Eurokrise*

«Die Finanzkrise ab 2007 ist eine globale Banken- und Finanzkrise als Teil der Weltwirtschaftskrise ab 2007, die im Sommer 2007 als *US-Immobilienkrise* (auch Subprimekrise) begann. Die Krise war unter anderem Folge eines spekulativ aufgeblähten Immobilienmarkts (Immobilienblase) in den USA.»<sup>18</sup>

«Als Eurokrise (auch Euro-Krise) bezeichnet man eine vielschichtige Krise der Europäischen Währungsunion ab dem Jahre 2010. Sie umfasst eine Staatsschuldenkrise, eine Bankenkrise und eine Wirtschaftskrise. Die Bezeichnung «Eurokrise» bezieht sich nicht auf den Außenwert des Euro, denn dieser blieb relativ stabil.»<sup>19</sup>

«Ab 2009 kam es zur Eurokrise, die u. a. insbesondere Griechenland mit stark angestiegener hoher staatlicher Verschuldung betraf. 2010 wurde die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität [ESFS] und 2011 als Nachfolger der Europäische Stabilitätsmechanismus [ESM] gegründet, um eine Staatsinsolvenz zu vermeiden.»<sup>20</sup>

### *Front-National*

«Der (oder die) Front National (französisch für *Nationale Front*, Akronym FN) ist eine 1972 gegründete Partei in Frankreich, welche als rechtsextrem gilt und sich einer rechtspopulistischen Stilistik bedient. Sie gehört zu den «rassistischen, populistischen und Anti-

System-Parteien am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums» und definiert sich selbst als «weder rechts noch links» sowie als «patriotisch», «populistisch» und «souveränistisch.»<sup>21</sup>

### *Intergouvernemental*

«I. (intergouvernemental = dt.: zwischenstaatlich) beschreibt eine Form der Zusammenarbeit zwischen Staaten innerhalb internationaler Organisationen. Im Rahmen der I. behalten die Regierungen ihre volle Souveränität, treffen Entscheidungen nach dem Einstimmigkeitsprinzip und verfügen dementsprechend über ein Vetorecht. In der EU werden v. a. in der sog.

2. Säule (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, GASP) sowie in der 3. Säule (Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen) Entscheidungen nach diesem zwischenstaatlichen Modell getroffen, was oftmals zu einer schwerfälligen Beschlussfassung und einer ineffektiven Politik führt. Im Gegensatz dazu stehen die supranationalen (übernationalen) Beschlussmechanismen in der 1. Säule der EU (Europäische Gemeinschaft). Hier sind Mehrheitsentscheidungen sowie die Beteiligung der Gemeinschaftsinstitutionen vorgesehen.»<sup>22</sup>

### *Kohäsionspolitik*

«Die europäische Struktur- bzw. Kohäsionspolitik (Kohäsion = Zusammenhalt) ist einer der zentralen Politikbereiche der EU zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts und unterstützt in erster Linie die schwächeren Regionen bei der wirtschaftlichen Entwicklung. In der

Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 wurde zum ersten Mal definiert, dass die Kohäsionspolitik «den Abstand zwischen den verschiedenen Regionen und den Rückstand der am wenigsten begünstigten Gebiete» verringern soll. Durch den Vertrag von Lissabon wurden die Ziele der Kohäsionspolitik, also der *soziale* und *wirtschaftliche* Zusammenhalt, durch ein drittes Ziel, nämlich den *territorialen* Zusammenhalt, ergänzt, der die Zusammenarbeit zwischen den Regionen fördern und territoriale Ungleichgewichte abbauen soll.»<sup>23</sup>

### *Montanunion*

Umgangssprachlich für die "Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl" oder den Schuman-Plan. Bezeichnet die gemeinsame Aufsicht der französischen und deutschen Kohle- und Stahlproduktion unter einer gemeinsamen Behörde. Kohle und Stahl werden auch als Montan-Industrien (lat. *\_mons\_* ‚Berg‘ bezeichnet.

### *Neoliberalismus*

«Neutrale Definition: Denkrichtung des Liberalismus, die eine freiheitliche, marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung mit den entsprechenden Gestaltungsmerkmalen wie privates Eigentum an den Produktionsmitteln, freie Preisbildung, Wettbewerbs- und Gewerbefreiheit anstrebt, staatliche Eingriffe in die Wirtschaft jedoch nicht ganz ablehnt, sondern auf ein Minimum beschränken will.»<sup>24</sup>

<sup>17</sup> Eurozone, in: Bundeszentrale für politische Bildung, unter: [www.bpb.de/nachschlagen/lexika/176966/eurozone](http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/176966/eurozone).

<sup>18</sup> Finanzkrise ab 2007, in: Wikipedia, unter: [https://de.wikipedia.org/wiki/Finanzkrise\\_ab\\_2007](https://de.wikipedia.org/wiki/Finanzkrise_ab_2007).

<sup>19</sup> Eurokrise, in: Wikipedia, unter: [www.de.wikipedia.org/wiki/Eurokrise](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Eurokrise).

<sup>20</sup> Finanzkrise ab 2007, in: Wikipedia, unter: [www.de.wikipedia.org/wiki/Finanzkrise\\_ab\\_2007](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Finanzkrise_ab_2007).

<sup>21</sup> Front National, in: Wikipedia, unter: [www.de.wikipedia.org/wiki/Front\\_National](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Front_National).

<sup>22</sup> Intergouvernementale Zusammenarbeit, in: Bundeszentrale für politische Bildung, unter: [www.bpb.de/nachschlagen/lexika/177060/intergouvernementale-zusammenarbeit](http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/177060/intergouvernementale-zusammenarbeit).

<sup>23</sup> Kohäsionspolitik, in: Europa-links.eu, unter: [www.europa-links.eu/fakten/kohasionspolitik-96/](http://www.europa-links.eu/fakten/kohasionspolitik-96/).

<sup>24</sup> Neoliberalismus, in: Bundeszentrale für politische Bildung, unter: [www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20176/neoliberalismus](http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20176/neoliberalismus).

### PiS-Partei

«Prawo i Sprawiedliwość» (Kurzbezeichnung PiS; deutsch: Recht und Gerechtigkeit) ist eine konservative Partei in Polen. Sie ist gemäßigt EU-skeptisch, wird als nationalkonservativ, christdemokratisch sowie (rechts-)populistisch charakterisiert. Auf europäischer Ebene war die PiS bis zur Europawahl 2009 führendes Mitglied der nationalkonservativen Europapartei Allianz für ein Europa der Nationen (AEN) und der Europaparlamentsfraktion Union für ein Europa der Nationen (UEN). Danach beteiligte sie sich an der Gründung der neuen konservativ-europaskeptischen Fraktion Europäische Konservative und Reformisten (EKR) sowie der Partei Allianz der Europäischen Konservativen und Reformisten (AECR).»<sup>25</sup>

### Schengenraum

«Die meisten EU-Staaten sowie einige weitere Länder haben sich dem Schengener Übereinkommen angeschlossen. Zwischen ihnen gibt es keine Grenzkontrollen mehr – aber eine gemeinsame Visapolitik und Standards bei der Sicherung der Außengrenzen.»<sup>26</sup>

### Schuman-Plan

«Der Schuman-Plan (auch Schuman-Erklärung genannt) wurde am 9. Mai 1950 vom französischen Außenminister Robert Schuman im Salon de l'Horloge des Quai d'Orsay verkündet. Es war ein grundlegender politischer Plan, der darauf zielte, die deutsche und französische Kohle- und Stahlproduktion nach dem Zweiten Weltkrieg zusammenzulegen.»<sup>27</sup>

### Schuldenunion

«Mithilfe des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), einer Finanzie-

rungsinstitution, die am 27.9.2012 in Kraft trat, spannte die EU für Griechenland und weitere Länder «Rettungsschirme». Der ESM ist Teil des «Euro-Rettungsschirms» und hat die Aufgabe, überschuldete Mitgliedstaaten der Eurozone durch Kredite und Bürgschaften zu unterstützen. Ziel dabei ist es, die Zahlungsfähigkeit zu stützen. Viele der hochverschuldeten Euro-Länder sind durch die sogenannte «Schuldenunion» zum Sparen gezwungen, um die Kredite zurückzuzahlen. Dadurch senken diese Länder jedoch ihre Ausgaben massiv.»<sup>28</sup>

### Souveränität

Fähigkeit, selbstständig Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen. Geteilte Souveränität: Staaten geben Teile ihre Macht/Verfügungsgewalt/Souveränität auf, um sie auf europäischer Ebene gemeinsam auszuüben. Damit beschränken die Mitgliedstaaten ihre Möglichkeit, Angelegenheiten allein zu regeln, aber erhalten die Möglichkeit, gemeinsam zu Entscheidungen zu kommen und dadurch Einfluss auf andere (Mitgliedstaaten) zu nehmen.

### Staatenverbund

Definiert eine Form des Zusammenschlusses, bei der Staaten dauerhaft und enger als in einem Staatenbund zusammenarbeiten, aber im Gegensatz zum Bundesstaat ihre staatliche Souveränität behalten und deshalb (noch) nicht als eigener Staat gelten.

### Subsidiaritätsprinzip

«(lat. *subsidium*: Hilfe) Nach dem Subsidiaritätsprinzip soll eine (staatliche) Aufgabe soweit wie möglich von der unteren Ebene bzw. kleineren Einheit wahrgenommen werden. Die Europäische Gemeinschaft darf nur tätig werden, wenn die Maßnahmen der Mitgliedstaaten nicht ausreichen

und wenn die politischen Ziele besser auf der Gemeinschaftsebene erreicht werden können.»<sup>29</sup>

### Supranationalität

«(lat. *supra*: über, *natio*: Volk/Staat) Betrifft die Frage, wo Zuständigkeiten liegen oder Entscheidungen getroffen werden.»<sup>30</sup>

### UKIP

«Die UK Independence Party (UKIP oder Ukip [ˈjuːkɪp]; Partei für die Unabhängigkeit des Vereinigten Königreichs) ist eine EU-skeptische und rechtspopulistische, gelegentlich auch als radikalliberal bezeichnete britische Partei, deren Hauptziel der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union ist («Brexit»). Parteichef der UKIP war bis Juli 2016 Nigel Farage (MdEP). Er hatte das Amt im November 2010 von Malcolm Pearson übernommen, nachdem er es ein Jahr zuvor selbst an diesen abgegeben hatte.»<sup>31</sup>

### Visegrád-Staaten/Gruppe

«Die Visegrád-Gruppe (polnisch *Grupa Wyszehradzka*, tschechisch *Visegrádská čtyřka*, slowakisch *Vyšehradská štvorka*, ungarisch *Visegrádi csoport*), gelegentlich auch Visegrád-Staaten genannt und unter der Bezeichnung V4 bekannt, ist eine lose Kooperation der Regierungen der mitteleuropäischen Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn. In Visegrád wurde am 15. Februar 1991 das Abkommen von den damaligen Gründerstaaten Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei beschlossen, um nach dem Ende von Ostblock und Kaltem Krieg die großteils gemeinsamen Probleme möglichst kooperativ zu lösen.»<sup>32</sup>

25 PiS-Partei, in: Wikipedia, unter: [https://de.wikipedia.org/wiki/Prawo\\_i\\_Sprawiedliwość](https://de.wikipedia.org/wiki/Prawo_i_Sprawiedliwość).

26 Schengen, in: Bundeszentrale für politische Bildung, unter: [www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/42910/grafik-schengen](http://www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/42910/grafik-schengen).

27 Schuman-Plan, in: Wikipedia, unter: <https://de.wikipedia.org/wiki/Schuman-Plan>.

28 Europäischer Stabilitätsmechanismus, in: Wikipedia, unter: [https://de.wikipedia.org/wiki/Europäischer\\_Stabilitätsmechanismus](https://de.wikipedia.org/wiki/Europäischer_Stabilitätsmechanismus).

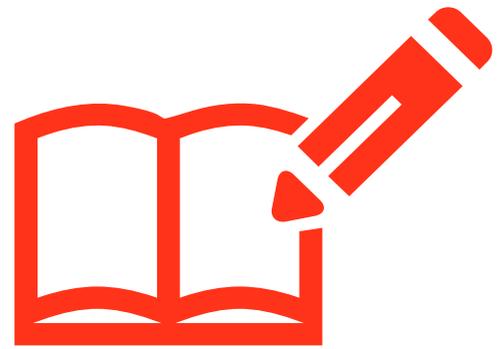
29 Zandonella, Bruno: Pocket Europa. EU-Begriffe und Länderdaten. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2005, 2009 aktualisiert.

30 Supranationalität, in: Wikipedia, unter: <https://de.wikipedia.org/wiki/Supranationalität>.

31 UKIP, in: Wikipedia, unter: [https://de.wikipedia.org/wiki/UK\\_Independence\\_Party](https://de.wikipedia.org/wiki/UK_Independence_Party).

32 Visegrád-Gruppe, in: Wikipedia, unter: <https://de.wikipedia.org/wiki/Visegrád-Gruppe>.

# LITERATUR



- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi): Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), 2015, unter: [www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/inhaltsverzeichnis.html?get=7510759ef9104c93efef9ac3453bb6d9;views;document&doc=2650](http://www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/inhaltsverzeichnis.html?get=7510759ef9104c93efef9ac3453bb6d9;views;document&doc=2650)
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi): Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), 2016, unter: [www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/inhaltsverzeichnis.html?get=7510759ef9104c93efef9ac3453bb6d9;views;document&doc=2622](http://www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/inhaltsverzeichnis.html?get=7510759ef9104c93efef9ac3453bb6d9;views;document&doc=2622)
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi): Kohäsionsfonds (KF), 2015, unter: [www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/suche.html?get=views;document&doc=2654](http://www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/suche.html?get=views;document&doc=2654)
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi): EU-Förderung, 2015, unter: [www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderwissen/eu-foerderung.did=230970.html](http://www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderwissen/eu-foerderung.did=230970.html)
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi): EU-Regionalfördermittel 2014–2020, unter: [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/de/information/maps/#1](http://ec.europa.eu/regional_policy/de/information/maps/#1) und unter: [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/images/map/eligible2007/conv\\_comp\\_0713\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/images/map/eligible2007/conv_comp_0713_de.pdf)
- Bundeszentrale für politische Bildung: Euroskepsis? Die EU und der Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger, Webseite, unter: [www.bpb.de/apuz/59766/euroskepsis-die-eu-und-der-vertrauensverlust-der-buergerinnen-und-buerger?p=all](http://www.bpb.de/apuz/59766/euroskepsis-die-eu-und-der-vertrauensverlust-der-buergerinnen-und-buerger?p=all)
- Campact Online: TTIP vor Ort, 2014, S. 6–8, unter: [https://blog.campact.de/wp-content/uploads/2014/09/Campact\\_TTIP\\_vor\\_Ort.pdf](https://blog.campact.de/wp-content/uploads/2014/09/Campact_TTIP_vor_Ort.pdf)
- Campact Online: Ein Bürgermeister redet Tacheles zu TTIP und Ceta, 16.9.2014, unter: <https://blog.campact.de/2014/09/ein-oberbuegermeister-redet-tacheles-zu-ttip-und-ceta/>
- EU-Kommission: Mehrjähriger Finanzrahmen 2014 – 2020 und EU-Haushalt 2014 – Übersicht in Zahlen, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 2013, S. 7, 9, 11, 18, 19
- EU-Kommission: Die Hauptinvestitionspolitik der EU, unter: [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/de/policy/what/investment-policy](http://ec.europa.eu/regional_policy/de/policy/what/investment-policy)
- EU-Kommission: Was ist der ESF?, unter: <http://ec.europa.eu/esf/main.jsp?catId=35&langId=de>
- EU-Kommission: Wie der ESF funktioniert, unter: <http://ec.europa.eu/esf/main.jsp?catId=525&langId=de>
- Greenpeace Online: Informationen zu TiSA, unter: [www.greenpeace.de/was-ist-tisa](http://www.greenpeace.de/was-ist-tisa)
- Hamann, Julia: Ein Lösungsansatz zum Skeptizismus: «Das Volk» und «Die da oben», Misstrauen und Entfremdung in Europa, in: DGAP kompakt 17, 10.10.2016, unter: <https://dgap.org/de/article/getFullPDF/28532>
- Hering, Ramona: EU-Regionalpolitik, hrsg. von Europa-Links.eu und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, E-Publikation, S. 1–4, unter: [www.europa-links.eu/fakten/eu-regionalpolitik-143/](http://www.europa-links.eu/fakten/eu-regionalpolitik-143/)
- Kropp, Manuela: Europäische Fonds für regionale Entwicklung, hrsg. von Europa-Links.eu und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, E-Publikation, unter: [www.europa-links.eu/fakten/kohasionspolitik-96/](http://www.europa-links.eu/fakten/kohasionspolitik-96/)
- Lang, Kai-Olaf: Europa und die sog. «Migrationskrise» – Rückzug aus der Solidarität. Die Visegrád-Länder und ihre Reserviertheit in der Flüchtlingspolitik, in: SWP-Aktuell, 2015, unter: [www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A84\\_lng.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A84_lng.pdf)
- Michels, Martina: Öffentliche Daseinsvorsorge ist das Rückgrat unserer Demokratie, Blogbeitrag, 23.4.2015, unter: <http://martina-michels.de/ttip-ceta/oeffentliche-daseinsvorsorge-ist-das-rueckgrat-unserer-demokratie/>
- Oberkirch, Thomas/Schild, Joachim: Wachsender Euroskeptizismus – Anatomie eines Phänomens, Arbeitspapiere zur Europäischen Integration/Working Papers on European Integration, Universität Trier, Trier 2010, S. 8–9, unter: [https://www.eao-otzenhausen.de/fileadmin/user\\_upload/EAO/Content\\_Ueber\\_uns\\_Dokumente/Publikationen/Arbeitspapiere\\_Europaeische\\_Integration\\_6\\_10.pdf](https://www.eao-otzenhausen.de/fileadmin/user_upload/EAO/Content_Ueber_uns_Dokumente/Publikationen/Arbeitspapiere_Europaeische_Integration_6_10.pdf)
- Researchgate Online: Facetten des deutschen Euroskeptizismus: Eine

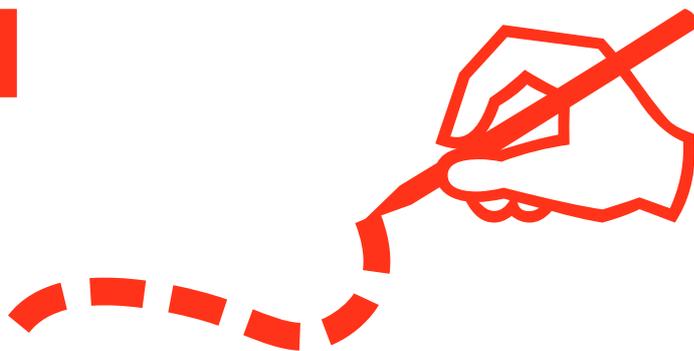
qualitative Analyse der deutschen  
Wahlprogramme zur Europawahl 2014,  
Punkte 3 und 4, unter:  
[www.researchgate.net/  
publication/302985950\\_Facetten\\_des\\_  
deutschen\\_Euroskeptizismus\\_Eine\\_  
qualitative\\_Analyse\\_der\\_deutschen\\_  
Wahlprogramme\\_zur\\_  
Europawahl\\_2014](http://www.researchgate.net/publication/302985950_Facetten_des_deutschen_Euroskeptizismus_Eine_qualitative_Analyse_der_deutschen_Wahlprogramme_zur_Europawahl_2014)

- Schulz, Bettina: Brexit – Die Macht der lauten Lügen, in: Zeit Online, 17.6.2016, unter: [www.zeit.de/  
wirtschaft/2016-06/brexit-  
auswirkungen-pro-contra-david-  
cameron-george-osbourne](http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-06/brexit-auswirkungen-pro-contra-david-cameron-george-osbourne)

- TTIP Unfairhandelbar Online: Informationen zu TTIP, unter: [www.ttip-unfairhandelbar.de/start/  
das-abkommen/](http://www.ttip-unfairhandelbar.de/start/das-abkommen/)

- Umweltinstitut Online: Informationen zu CETA, unter: [www.umweltinstitut.org/fragen-und-  
antworten/freihandelsabkommen/  
das-euro-kanadische-abkommen-  
ceta.html](http://www.umweltinstitut.org/fragen-und-antworten/freihandelsabkommen/das-euro-kanadische-abkommen-ceta.html)

# NOTIZEN









**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**

[www.rosalux.de/bildungsmaterialien](http://www.rosalux.de/bildungsmaterialien)